

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion  
und Verwaltung:

An der  
Kommission

Boziden.  
Davitkova  
Bohlsedami 57544

Inserate werden auf  
Biligt berechnet. Bei  
Einzahlungen Preisnachsch.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus  
oder bei Bezug durch die  
Post

monatlich . . . K 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 96.—  
ganzjährig . . . 192.—

Abnahme  
von Nummern erfolgt  
nur bei Einzahlung der  
Retourmarken.

Erhalten mit Ausnahme  
des Montag täglich 1923.

3. Jahrgang.

Donnerstag, 27. September 1923.

Nr. 225.

## Schicksalschwere Tage.

An der Spitze aller Erwägungen über die Frage der Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet steht die Tatsache: die Finanzierung des Ruhrkampfes hat dem Reich in der vorigen Woche 3000 Billionen Papiermark gekostet und würde in der nächsten Woche die Höhe von 8000 Billionen erklimmen!

Bei dieser über alle menschlichen Vorstellungen hinausgehenden Summe wäre es aber nicht geblieben, sie wäre bei Fortführung des Ruhrkampfes von Tag zu Tag in rascher Progression gestiegen. Diese ungeheuren Mittel, welche die Finanzierung des passiven Widerstandes verschlingt, ist die deutsche Reichsregierung nicht imstande, weiter aufzubringen. Wenn vielleicht schon nicht in den allerersten Tagen, so müßte doch in aller kürzester Frist der Moment der Zahlungsunfähigkeit Deutschlands eintreten. Bis dahin würden das entsetzliche Elend der Bevölkerung, die Vernichtung des Wirtschaftslebens weitere Fortschritte machen. Die Kräfte Deutschlands sind erschöpft, es geht einfach nicht weiter.

Aber für die sofortige Beendigung des Ruhrkampfes ist noch ein anderer Umstand bestimmend: der passive Widerstand ist unwirksam geworden und er hat seit einiger Zeit den Franzosen mehr Nutzen als Deutschland gebracht, denn die Besatzungsbehörden vermochten dadurch einen großen Teil der Verwaltung in ihre Hände zu bringen, es ist ihnen möglich geworden, eine Reihe von Eisenbahnen, in eigene Regie zu nehmen. Auch haben sie mit Hilfe des passiven Widerstandes Hunderttausende von Menschen des Landes vertrieben, von den sonstigen Leiden und Beschränkungen der Ruhrbevölkerung ganz zu schweigen.

Auch die Hoffnung auf die Hilfe des Auslandes war, als sich die deutsche Regierung zum Aufgeben des passiven Widerstandes entschloß, längst zerschanden geworden. Trotz aller „Sympathien Englands“ war die deutsche Regierung selbst zur Zeit, da die Gegensätze zwischen England und Frankreich scharf zugespitzt waren, nicht imstande, in England auch nur den geringsten Privatkredit zu erhalten. Ueber eine passive Sentimentalität gegenüber der steigenden Not Deutschlands schwang sich England nicht empor. Der Egoismus Amerikas bewahrte es vor jeder Einmischung in den Ruhrkonflikt. Ebenso sah die übrige kapitalistische Welt, soweit sie nicht offen auf Seite Frankreichs stand, seelenruhig zu, wie das deutsche Volk immer mehr dem Hunger verfiel, wie die Entbehrungen zahllose Kinder und Erwachsene dahinwelen und zugrundegehen ließen. Auch der arbeitslose Völkerbund erwies sich als untaugliches Instrument, den Ruhrkrieg durch ein engere Schiedsgericht zu beenden. Die sozialistische Welt aber ist zur Zeit so geschwächt, daß sie dem imperialistischen Verbrechen nicht wehren konnte. So mußte schließlich Deutschland notgedrungen zur Kapitulation schreiten.

Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung, die Unmöglichkeit der Fortsetzung des passiven Widerstandes einsehend, steht sicher auf der Seite der gegenwärtigen Regierung und billigt deren Gründe, die sie zur Einstellung des Ruhrkampfes zwingen. Auch die Ruhr- und Rheinvertreter haben sich fast durchwegs für das Aufgeben des passiven Widerstandes ausgesprochen und selbst die bayerische Regierung sieht die Unmöglichkeit der weiteren Führung des Ruhrkampfes ein. Nur die sich stets in leeren Kräftephrasen betätigenden Deutschnationalen und Kommunisten zetern über „Verrat“ und „Schmach der Kapitulation“, wobei sie es unterlassen, die kleinste ausführbare Idee vorzubringen. Sie gebürden sich wieder einmal als die Alleinpächter der nationalen Ehre, als ob nicht das ganze Volk die Bitterkeit der Niederlage empfinden würde. Die „vaterländischen Verbände“ drohen, die „Rettung Deutschlands“ selbst in die Hand zu nehmen, welcher Rettung die „Eroberung Berlins“ vorauszugehen soll. Die Hitler, Ludendorff und Kon-

## Einstellung des passiven Widerstandes!

### Die Proklamation an das deutsche Volk.

Die Unmöglichkeit der finanziellen Durchführung des Kampfes. — Die wichtigste Aufgabe der Regierung: Freilassung der Gefangenen, Rückkehr der Ausgewiesenen, Sicherung der elementarsten Menschenrechte. — Deutsches Land darf nicht losgelöst werden.

Berlin, 26. September. (Wolff). Die vom Reichspräsidenten und den sämtlichen Mitgliedern des Reichskabinetts unterzeichnete Proklamation an das deutsche Volk hat folgenden Wortlaut:

Am 11. Jänner haben französische Truppen wider Recht und Vertrag das deutsche Ruhrgebiet besetzt. Seit dieser Zeit hatten Ruhrgebiet und Rheinlande schwerste Bedrückungen zu erleiden.

Ueber 180.000 deutsche Männer, Frauen, Greise und Kinder sind von Haus und Hof vertrieben worden. Für Millionen Deutsche gibt es den Begriff der persönlichen Freiheit nicht mehr. Gewalttaten ohne Zahl haben den Weg der Okkupation begleitet. Mehr als hundert Volksgenossen haben ihr Leben dahingeben müssen, Hunderte schmachten noch in Gefängnissen. Gegen die Unrechtmäßigkeit des Einbruches erhoben sich Rechtsgelühl und vaterländische Gesinnung. Die Bevölkerung weigerte sich, unter fremden Bajonetten zu arbeiten. Für diese, dem Deutschen Reiche in schwerster Zeit bewiesene Treue und Standhaftigkeit dankt das ganz deutsche Volk.

Die Reichsregierung hatte es übernommen, nach ihren Kräften für die leidenden Volksgenossen zu sorgen. In immer steigendem Maße sind die Mittel des Reiches dadurch in Anspruch genommen worden. In der abgelaufenen Woche erreichten die Unterstufungen für Rhein und Ruhr die Summe von 3500 Billionen Mark. In der laufenden Woche ist mindestens die Verdoppelung dieser Summe zu erwarten. Die einseitige Produktion des Rheinlands und Ruhrgebietes hat ausgehört. Das Wirtschaftsleben im besetzten und unbesetzten Gebiete Deutschlands ist zerrüttet. Mit furchtbarem Ernst droht die Gefahr, daß bei Festhalten an dem bisherigen Verfahren die Schaffung einer geordneten Währung, die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und damit die Sicherung der nackten Existenz für unser Volk unmöglich wird.

Diese Gefahr muß im Interesse der Zukunft Deutschlands ebenso wie im Interesse von Rhein und Ruhr abgewendet werden. Um das Leben von Volk und Staat zu erhalten, stehen wir heute vor der bitteren Notwendigkeit, den Kampf abzubrechen. Wir wissen, daß wir damit von den Bewohnern der besetzten Gebiete noch größere seelische Opfer als bisher verlangen.

Heroisch war ihr Kampf, beispiellos ihre Selbsterhaltung.

Wir werden niemals vergessen, was diejenigen erlitten, die im besetzten Gebiete sind. Wir werden niemals vergessen denjenigen, die lieber ihr Vaterland verließen, als dem Vaterlande die Treue zu brechen. Dafür zu sorgen, daß die Gefangenen freigegeben werden, daß die Verstoßenen zurückkehren, bleibt die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung. Vor allen wirtschaftlichen und materiellen Sorgen steht der Kampf für diese elementarsten Menschenrechte.

Deutschland hat sich bereit erklärt, die schwersten materiellen Opfer für die Freiheit deutscher Volksgenossen und deutscher Erde auf sich zu nehmen. Diese Freiheit ist uns aber kein Objekt für Verhandlungen oder für Tauschgeschäfte.

Der Reichspräsident und die Reichsregierung versichern hierdurch feierlich vor dem deutschen Volk und der Welt, daß sie sich zu keiner Abmachung verstehen werden, die auch nur das kleinste Stück deutscher Erde vom Deutschen Reiche loslöse.

In der Hand der Einbruchsmächte und ihrer Verbündeten liegt es, ob sie durch Anerkennung dieser Auffassung Deutschland den Frieden wiedergeben oder mit der Verweigerung dieses Friedens alle die Folgen herbeiführen wollen, die daraus für die Beziehungen der Völker entstehen müssen.

Das deutsche Volk fordern wir auf, in den bevorstehenden Zeiten härtester seelischer Prüfung und materieller Not treu zusammenzustehen. Nur so werden wir alle Absichten auf Zertrümmerung des Reiches zunichte machen. Nur so werden wir der Nation Ehre und Leben erhalten, nur so ihr die Freiheit wiedergewinnen, die unser unveräußerliches Recht ist.

sorten suchen auf die emmernte, verwirrte Bevölkerung zu spekulieren und wenn es nur auf sie und ihre Gewissenlosigkeit ankäme, würden sie keinen Augenblick sich scheuen, Deutsche gegen Deutsche zu führen und den Bürgerkrieg zu entfesseln. Das zu einer Zeit, da der französische Imperialismus darauf lauert, Deutschlands Einheit zu zerbrechen und so dem Reich den Todesstoß zu versetzen. Daß sie sich durch die Hervorrufung des Bürgerkrieges zu Bundesgenossen Poincares machen würden, halten sie mit ihren Begriffen von nationaler Ehre durchaus vereinbar. Und, da es ihnen nicht um Volk und Reich, sondern um ihre reaktionären Machtziele geht, bedenken sie nicht, daß die Selbstzerfleischung des deutschen Volkes das alleruntauglichste Mittel wäre, die deutsche Einheit zu sichern und den verlorenen deutschen Boden wiederzugewinnen.

Wenn die Deutschnationalen jetzt das deutsche Volk in neues Elend stürzen wollen, so wird das Volk wohl nicht die schwere Schuld übersehen, welche sie und die deutsche Kapitalistenklasse überhaupt, an dem verlorenen Ruhrkrieg trifft. Sie waren es, die Eunosideen, und tatenlose Katastrophenspolitik stützten, die nicht das Geringste unternahmen, um der Steuerabgabe der Besten, der Zurück-

## Wie es in Bayern zugeht.

Deutschland steht vor seiner schwersten Krise. In dieser Woche noch kann sich sein trauriges Los zur unermesslichen Katastrophe wenden, wenn die Aufpeitschung der dunklen Instinkte durch Nationalisten und Monarchisten den Sieg über die Vernunft der Demokraten und Republikaner davonträgt. Die größte Gefahr droht von Bayern her, wo die Rechte Ludendorffs die Nordhebe bis zum Wahnsinn aufgepeitscht haben. Wiederum, wie schon ein Dutzendmal in den letzten zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte, ist es Bayern, das Bayern französischer Diplomaten und gesinnungsloser Landrächte, das der deutschen Nation schwerste Stunden bereitet, das offen zum Rechtsputsch treibt, die Abfallbewegung vom Reiche führt und in dessen Innern Säbel und Schlagring die Herrschaft über die arbeitende Bevölkerung anzutreten sich anstehen. Der bayerische Innenminister Schwegler hat sich zwar in seiner letzten politischen Rede gegen jede Erschwerung der Reichsaußenpolitik, gegen einen „Staat im Staate“ ausgesprochen. Aber den schönen Worten bayerischer Minister kommt nicht entscheidendes Gewicht zu, selbst wenn man annimmt, daß ihr Bekenntnis zum Reich innerer Ueberzeugung und nicht nur taktischen Erwägungen entspringt. Regiert wird Bayern nicht von Schwegler, sondern von den verschiedenen „vaterländischen Verbänden“, die in aller Offenheit und mit den beifälligen Methoden blutiger Gewalt die republikanische und sozialistische Arbeiterschaft niederknüppeln und die Herrschaft derer von Ludendorff aufrichten wollen. Ludendorff hat sich offen in einem veröffentlichten Interview, auf den Boden der „vaterländischen“ Kampfbereitschaft gestellt und also Hitler, dem Führer des extremen Nationalismus und Hakenkreuztums, die Hände gereicht. Diese Tatsache hat den bayerischen reaktionären Kampfbereinigungen noch mehr den Rücken gesteuert und ohne Umschweife richteten sie an den Ministerpräsidenten Künzling die Forderung, die Regierung möge sich in klarer Stellungnahme für die völkischen Verbände erklären, die entschlossen sind, die Organisationen des Proletariats „mit der Waffe in der Hand niederzukämpfen“, und den Innenminister Schwegler beiseitigen, der, wie gesagt, mit den „vaterländischen“ nicht gemeinsame Sache machen will.

Die Antwort des bayerischen Ministerpräsidenten steht noch aus; sie ist aber so ziemlich belanglos, da die Verbände Ludendorffs und Hitlers ihre grauenvolle Herrschaft in Bayern längst angetreten haben, ohne daß Herr Künzling oder auch Herr Dr. Schwegler auch nur das Geringste dagegen getan hätten. Es vergeht keine Woche, ja fast kein Tag, da nicht irgendwo in Bayern ein Arbeiter erschossen oder totgeschlagen würde. Noch in keinem Falle sind die trefflichen Sicherheitsorgane der bayerischen Regierung, die im Kampfe gegen demonstrierende Arbeitslose die Augen so locker im Laufe stecken haben, der Mörder habhaft geworden. Und was bisher bald in Neuburg und Rosenheim, bald in Teucht und Nürnberg geschah, soll nun nach der Erklärung der völkischen Presse überall allgemeiner Brauch werden. Daß das keine leere Drohung ist, beweist folgendes Schriftstück, das dieser Tage unserem Münchener Bruderblatt in die Hände fiel:

„Bund Oberland“  
5. Wandergewruppe.

Beschl!

Am Samstag, den 22. September Nachm. 5.30  
sammelt die Wandergewruppe am Hauptbahnhof.  
Anzug: Dienstanzug (soweit vorhanden). Tor-  
kittel oder Aufschlag, Proviant für 2 Tage.

Wegen etwaiger Zusammenstöße sind erreich-  
bare Handfeuerwaffen, Gummiknüppel, Schlag-  
ringe mitzubringen.

Es ist Ehrenpflicht jedes Oberländers, zu die-  
ser äußerst wichtigen Uebung zu erscheinen. Nicht  
erscheinen hat Ausschluß zur Folge.  
Als Entschuldigung kann nur Krankheit gelten.  
Wirtschaftliche Interessen und Nichtaufbringung der  
Fahrkosten gelten nicht als Entschuldigung. Fahr-  
kosten werden in ganz dringenden Fällen vergütet.  
gez. Peter Rieberger.

Worum ging's da? In dem Ort Kochel  
bei München waren von sogenannten Kommuni-  
sten „proletarische Hundertschaften“ gegründet  
worden. Die sozialdemokratische Presse hatte  
allerdings die Arbeiter in der Vermutung, daß  
sie hereingelegt werden sollten, um den „Na-  
tionalaktivisten“ einen Vorwand zum „Einschrei-  
ten“ zu geben, gewarnt. Tatsächlich wurde  
aber von den „proletarischen Hundertschaften“  
nichts unternommen; dennoch wollten die  
„Oberländer“ in Kochel am letzten Sonntag

# Deutschlands neue Situation.

„Ordnung schaffen“. Dazu bestehender „Be- fehl“. Zwei Bataillone des „Oberland“ sollten die Arbeitererschaft in Stöbel überfallen und unter der Führung zweier Hauptleute und eines Oberleutnants mit Maschinengewehren, Maschinenpistolen, Karabinern, Munition, Kleinhandfeuer- waffen, Gummiknüppeln und Schlagringen die „Strafexpedition“ gegen die Arbeitererschaft durch- führen. Und nur dadurch, daß am Samstag, dem Vorabend, das Eisenbahnpersonal es ablehnte, die schwerbewaffneten Haufen zu transportieren, unterblieb die Schlacht, wurde unübersehbares Unheil ab- gewendet.

Aber die „Vaterländischen“ hielten sich in München schadlos. Sie durchzogen Samstag abends die Münchener Arbeiterviertel und übten dort mit ihren Waffen ein wahres Schreckenregiment aus. Nach einer Dar- stellung der „Münchener Post“ wurden ganze Straßenzüge abgesperrt und blindlings aus Ka- rabinern und Pistolen geschossen. Die Straßenbahnen mußten den Verkehr einstellen. Die Anwohner der belagerten Straßenzüge wur- den aufgefordert, die Fenster zu schließen. Dieser Aufforderung folgten sofort Schüsse. Zahlreiche Einschläge an den Hausmauern zeigen, daß es sich nicht etwa lediglich um Schreckschüsse han- delte. Der gesamten Einwohnerschaft des be- lagerten Stadtteils hatte sich begrifflichweise eine ungeheure Aufregung bemächtigt. Die in dem Bezirk stationierte Schutzmannschaft war zum Eingreifen zu schwach, sie mußte sich teil- weise selbst in Sicherheit bringen. Die „Ober- länder“ drangen in Häuser ein, schossen blindlings in den Höfen herum, besetzten Hauseingänge und Dächer und richteten an verschiedenen Stellen waffenstarrende Stützpunkte ein. Die Schießerei dauerte bis gegen Mitternacht. Sie wurde erst eingestellt, als eine Hundertschaft Landespolizei und die Hauptwache der Schutzmannschaft in Lastwagen erschienen war. Und nun geschah das Unglaubliche, daß, anstatt die schwer bedrängte Bevölkerung von den bewaffneten Aufzählern zu befreien, die von ihr zu Hilfe gerufene Polizei in Gemeinschaft mit den bewaffneten Bänden gegen die Bevölkerung vorging. Die Gastwir- schaften, in denen die Arbeiter verkehrten, wurden umstellt, die Gäste einer Leibvisi- tation unterzogen, ebenso die Straßenpassanten.

Aus dieser Darstellung geht zweierlei her- vor: erstens, daß — wie eingangs behauptet — in Bayern längst der Staat im Staate besteht, gegen den der Innenminister in Sonntagreden predigt, und zweitens, daß das innenbayerische Regime des „Oberland“, des „Deutschen Kampf- bundes“ und der übrigen Lubendorff- und Hit- ler-Organisationen die warmste Unterstützung der ausführenden Organe des Ministerpräsidenten Knilling und des Innenministers Dr. Schweyer finden. Latentlos sieht die bayerische Regierung den von den „Nationalaktivisten“ geplanten und ausgeführten Arbeiterpogroms zu, sie zeigt nicht den geringsten Willen, den Landsknechten der Reaktion, den blutigen Agitatoren des Rechtsum- sturzes in den Arm zu fallen.

Was da aus München gemeldet wird, ist der be- ginnende Bürgerkrieg. Die Arbeiter- schaft Bayerns wird nicht müßig zusehen, wenn das Rezept der „Oberländer“ nochmalige An- wendung finden sollte. Entweder ist es der Re- gierung Knilling erst mit ihren Erklärungen, die Einheit des Reiches wahren zu helfen und Bayerns Sonderstellung aufzugeben — dann muß sie in letzter Stunde den Rechtsputzschiffen mit eiserner Faust entgegenzutreten; oder aber betrei- ben Lubendorff, Hitler und die ihren nur die Geschäfte der bayerischen Regierungsmänner — dann lodert in und um München der Bürger- krieg empor. Die bayerische Arbeitererschaft wird sich gegen die monarchistisch-nationalistischen Knüppelhelden und Schlagringkämpfer zu: wappnen wissen und alles vorsehen, um die eigene Sicherheit, ihr Leben und das der Republik gegen die blutdürstigen Reaktionäre zu schützen.

Berlin, 26. September. (Eigenbericht.) Durch den heute veröffentlichten Aufruf der Reichsregie- rung an die deutsche Bevölkerung ist die Auf- gabe des passiven Widerstandes nunmehr zur vollendeten Tatsache geworden. Soweit sich die Stimmung im Lande überblicken läßt, übt der Widerspruch der Nationalisten und Kom- munisten keine Wirkung aus. Die näch- sten Schritte der Regierung werden darin be- stehen, daß sie die für den Widerstand gegen den Ruhrbruch erlassenen Verordnungen des Ka- binetts Cuno wieder aufhebt und Richtlinien über die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet herausgibt. Nach den Ankündigungen Poincarés, daß mit der Aufgabe des passiven Widerstandes die Verhandlungen zwischen Frank- reich und Deutschland einsetzten sollen, wäre jetzt mit deren baldigem Beginn zu rechnen. Die Auf- gabe der deutschen Regierung wird dabei außer- ordentlich schwer sein, da sie nichts in Hän- den hat, was sie den französischen Ansprüchen entgegenzusetzen könnte.

Ob der Einfluß Englands und der anderen alliierten Staaten hinreichend ist, um eine so starke Schwächung Deutschlands zu verhindern, daß ein Wiederaufschwung Deutschlands möglich ist, ist vorläufig noch zweifelhaft. Die Deutsch- nationalen hatten bei den Besprechungen mit dem Reichskanzler die Forderung aufgestellt, daß die Regierung mit Frankreich vollständig breche und den Vertrag von Versailles für nichtig er- klären solle. Dieser Forderung hat sich selbst der bayerische Ministerpräsident wider- setzt, denn ihre Erfüllung hätte nichts anderes als den Bruch mit sämtlichen Alliierten bedeutet. Im Ruhrgebiet hat die Nachricht von der Beendigung des passiven Widerstandes einen

## Stresemann über die Einstellung des Ruhrkampfes.

### Eine Debatte im Auswärtigen Ausschusse.

Berlin, 26. September. (Wolff.) Im Aus- wärtigen Ausschusse des Reichstages erklärte heute Reichskanzler Dr. Stresemann, daß er ange- sichts der schweren Entscheidung ein Bild der außenpolitischen Lage zu geben wünsche, wie sie sich seit dem Wechsel des Kabinetts vollzogen habe. Die Reichsregierung habe sich entschlossen, den passiven Widerstand aufzugeben und wird demzufolge die Verordnungen zurück- ziehen, die sich auf seine Durchführung bezogen. Der passive Widerstand hätte seinen Höhepunkt überschritten und seine anfängliche moralische Stütze allmählich eingebüßt. Eine nachträgliche Kritik, ob er durch eine andere Führung hätte erfolgreich gestaltet werden können, ändere nichts an der Tatsache. Nach den Angaben der beru- fensten Vertreter aus dem besetzten Gebiete hätte der passive Widerstand nur noch eine gewisse Zeit ohne die Gefahr des Zusammenbru- ches in sich selbst aufrecht erhalten werden können.

Der Reichskanzler legte dann das Verhält- nis der Ruhransgaben zur Finanzlage des Rei- ches dar, die in Folge der schwersten finanziellen und in seinen Folgen nicht zu überschenden Zu- sammenbruch zu bringen drohten. Er wandte sich dabei gegen diejenigen, die heute die schwersten Steuermaßnahmen zur Fortführung des passiven Widerstandes fordern und die die gleichen seien, die sich gegen die allzugroße Belastung durch die zuletzt vom Reichstage neu bewilligten Steuern gewendet hätten.

Nach Prüfung der Sachlage habe sich das Reichskabinett schon vor längerer Zeit

deprimierenden Eindruck ausgeübt, wenigstens man auch dort allgemein der Meinung war, daß der Ruhrkonflikt so schnell wie mög- lich beendet werden muß. Man ist sich dort aber darüber noch nicht im Klaren, wie die Zusam- menarbeit mit den Besatzungsbehörden sich ge- stalten soll; es wird von den Verhandlungen zwi- schen der deutschen und französischen Regierung abhängen, ob die Rückkehr zur Arbeit sich ohne Zwischenfall vollzieht. Die Kommunisten dürften die Gelegenheit ausnützen, um die Ar- beiter für ihre Parteizwecke zu mißbrauchen. Die sozialdemokratische Presse mahnt zur Beson- nenheit, da der Ruhrkampf abgebrochen wer- den mußte. Sie gibt zugleich der Zukunft Aus- druck, daß Deutschland sich wieder aufrichten werde.

In Bayern suchen die Hitlerleute Del ins Feuer zu gießen; für morgen abends sind in München vierzehn nationalsozialistische Versammlungen angesetzt und es liegen dokumentarische Beweise dafür vor, daß die so- genannten Kampfbünde mobilisiert werden sol- len. Auch die den Nationalsozialisten nahestehen- den bayerischen Blätter gebrauchen drohende Ge- bärden; trotzdem ist nicht anzunehmen, daß es zu einer nationalsozialistischen Aktion kommen wird, denn diese wäre bei der Stimmung der Mehrheit der bayerischen Bevölkerung von vorn- herein zur Ausichtslosigkeit verurteilt. Ueberdies sind die Differenzen zwischen den Hitlerleuten und den anderen nationalsozialistischen Ver- bänden wieder stärker geworden, nachdem Hitler seine Leute aufgefordert hat, alle anderen vater- ländischen Organisationen zu verlassen und seiner Stoßtruppe beizutreten.

entschlossen, die Aufgabe des passiven Widerstan- des zu erwägen.

Die Versuche, die Stilllegung des Wider- standes zu verbinden mit französisch-belgischen Maßnahmen zur Rückführung der Vertriebenen, zur Befreiung der Gefangenen seien erfolg- los geblieben, da der französische Minister- präsident sich auf den Standpunkt festgelegt hätte, vor Ablauf des passiven Widerstandes nicht in Verhandlungen einzutreten. So habe man sich dazu entschließen müssen, den Ruhrkampf aus innerpolitischen wie außen- politischen Momenten aufzugeben, weil dessen Fortführung ohne jeden Zweifel zu einem voll- kommenen Zusammenbruch im Innern geführt hätte. Die machtpolitischen Verhältnisse seien stärker gewesen als die moralische Gegenwehr, die das Deutsche Reich aufzubringen vermocht hätte.

Was die Vorbereitungen betrifft, um die Ruhr- und Rheingebiete nunmehr in einen einigermaßen normalen Zustand zu überführen, so könnten hierfür nur Euentualrichtlinien festgelegt werden, da es nicht von Deutschland allein ab- hänge, wie sich diese Dinge nunmehr vollziehen sollen. Der deutsch-nationale Vorschlag, mit Frankreich zu brechen und die Verpflegung der besetzten Gebiete sowie die Wiederauf- hebung ihres Wirtschaftslebens zunächst der Sorg- Frankreichs und Belgiens zu überlassen, habe gerade bei den Vertretern jener Gebiete die schärfste Verurteilung erfahren. Man würde darin im Rheinlande ein Aufgeben ja viel- leicht einen Verrat sehen.

Der Reichskanzler schloß, die Erklärungen, die im Aufrufe der Regierung und des Reichsprä- sidenten abgegeben seien, würden die festen Grund- lagen bilden, nach denen die Reichsregierung han- deln werde.

In der nachfolgenden Diskussion il- lustrierte der Abgeordnete Graf Bernstorff (De- mokrat), Dr. Breitscheid (Sozialdemokrat), Dr. Spahn (Zentrum), Dr. Scholz (Deutsche Volkspartei) die Ausführungen des Reichskanzlers und stellten sich hinter die Politik der Reichsregie- rung.

Abg. Dr. Helfferich (Deutschnational) forderte, daß der passive Widerstand durch den Bruch mit Frankreich abgelöst werde.

Der Kommunist Könen mißbilligte die Form des Abbruchs des passiven Widerstandes und erklärte, daß für die Liquidierung der Ruhrkrise eine Arbeiter- und Bauernregierung und die Sachwerte-Erfassung notwendig sei.

Zum Schluß sprach noch Müller-Fran- ken (Sozialdemokrat), der ausdrücklich jedes Wort des Aufrufes der Reichsregierung billigte.

Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

## Dienstag Beginn der Ruhrdebatte.

Berlin, 26. September. (Eigenbericht.) Die erste öffentliche Debatte im Reichstage, die der Reichskanzler mit einer Ansprache eröffnen sollte, wird voraussichtlich erst am Dienstag der nächsten Woche stattfinden. Bis dahin wird sich der Reichs- tag mit einer Reihe kleinerer Vorlagen beschäfti- gen; am nächsten Mittwoch soll das Währungs- gesetz beraten werden.

## Kritische Lage in Bayern.

### Rahr — Staatskommissär.

Berlin, 26. September. Aus München kommt die Nachricht, der Ministerrat habe den früheren Ministerpräsidenten v. Rahr zum Staatskommissär für die öffentliche Ordnung mit besonderen Vollmachten ernannt. Die Tatsache dieser Ernennung kennzeichnet die gespannte Lage, in der sich Bayern befindet, und die Be- sorgnis vor einem Staatsstreich. Die Ernennung Rahr's ist zweifellos darauf zurückzuführen, daß er sowohl ein Gegner Hitlers als auch Luben- dorff's ist, da diese beiden schwarz-weiß-rot orien- tiert sind, also die Erhaltung des Deutschen Rei- ches propagieren, während Rahr als ausgeproben- weis-blauer Separatist und vor allem als extre- mer Monarchist bekannt ist. Aus diesem Grunde wird die Ernennung Rahr's besonders im sozial- istischen und demokratischen Kreisen Bayerns ihr aufreißend wirken, da bei diesen beiden Parteien der Eindruck vorherrschen dürfte, daß die Monar- chie auf dem Marsche sei.

## Hitler-Anhänger des Schlacht'eldes.

Berlin, 26. September. Die „Deutsche All- gemeine Zeitung“ meldet im Gegensatz zum „Vorwärts“, daß in Bayern Kampf Stimmung herrsche. Hitler habe die politische Führung des deutschen Kampfbundes übernommen und fordert jetzt die Parteigenossen auf, sofort aus allen poli- tischen Verbänden auszutreten, die nicht dem Kampfbunde angehören, und einer dem Kampfbunde zugehörenden Organisation beizutreten. Die bevorstehende Errichtung einer Währungs- bank bezeichnet Hitler als eine Auslieferung an das internationale Großkapital und verlangt von der bayerischen Regierung die Schaffung eines eigenen bayerischen Instituts. Fürst Karl Brede fordert zur Neubildung eines Sturmreiterskorps auf. Brede ist der Nachfolger des bayerischen Feldherrn in den Befreiungskriegen.

Berlin, 26. September. (Wolff.) Die Ber- liner politische Polizei hob in der vergangenen Nacht in einem Privathause eine Versammlung von politisch rechtsstehenden Personen aus. Die Versammlung war zusammenberufen von dem ehemaligen Leiter des verbotenen Berliner Selbstschutzes. Da der Verdacht bestand, daß es sich um eine Veranstaltung der genannten Ver- einigung handelte, sind die 19 Teilnehmer zum Polizeipräsidium gebracht worden.

(Nachdruck verboten)

## Ankunft in Amerika.

Von John Lassen. Einzige berechtigte Uebersetzung aus dem Ungarischen von Stefan J. Klein.

All unsere Hoffnungen sind geschwunden. Wir können bis Samstag Mittag nicht im Hafen sein, und so ist es bereits gewiß, daß wir noch zwei Tage auf dem Schiff bleiben müssen — zu- mindest wir, die Passagiere des Zwischendecks. Die kleinen boxenden Boote umschwärmen den Schiffsrücken. Steuern auf den Riesen zu. Stoßen ihn. Puffen ihn. Kommandoworte durch- schneiden die Luft. Und der Schiffsrücken strebt langsam, würdevoll weiter.

Also New York . . . Wir stehen alle an der Reeling. Einer, der Amerika bereits kennt, erklärt. Es gibt noch immer Optimisten: „Wenn sie mit der zweiten Klasse rasch fertig werden, so las- sen sie auch uns noch hinein.“ Ein Deutscher, der zum zweiten Mal nach Amerika kommt, lacht: „Ausgeschlossen!“ Er zeigt auf die Pufferdampfer. „Sie sehen ja, wie lang- sam wir fahren“ — und er fügt noch hinzu: „meine erste Sache wird sein, daß ich mir Papiere geben lasse. Ich bewohne, — jetzt könnte ich bereits „citizen“ sein.“ Alle nicken. Freilich, das ist eine prächtige Sache, Staatsbürger, citizen zu sein. Das haben wir bereits in Bremen. Ueberall kamen sie als erste dran und sie müssen auch nicht nach Ellis Island, können sofort das Schiff ver- lassen: noch heute, Samstag Abend, o, welch ein Glück! Das Schiff scheint sich tatsächlich gegen jedes

Bogen hartnäckig zu wehren. Sirenen gellen. Schiffe kreuzen umher. Breite Barkassen zerschneiden hastig das graue Wasser. Ein Fracht- dampfer fährt vorbei. Etwas weiter entfernt wird von einem Schiff Schmutz in die Tiefe geschleudert. Am Ufer eine Sandbarke . . . Und ein kleiner Hund. Ein bellender kleiner Hund. Ein umher- hüpfernder kleiner Hund.

Wir betrachten alle den kleinen Hund. Bedeutet er doch das Ufer, den nahen Hafen. „Hier gibt es Leben“ — sagt ein fünfzehn- jähriger Polenjunge — „nicht so wie in Bremen.“ „Das ist, weil sie uns alles rauben“ — spricht ein Deutscher und alle haben Mitleid mit dem Deutschen, dem alles geraubt wurde. In der Tasche hat er einen Vertrag über die Ueber- nahme eines Bäckereiladens. Auf diesen Vertrag ist er äußerst stolz, denn: „ich heiß auf die Gefäl- ligkeit der Verwandten, kann auch ohne sie in die Stadt.“

Und New York . . . Geheimnisvoll liegt die Stadt vor uns. Die Wolkenkratzer sind in seine Nebel gehüllt. Von hier, aus der Ferne, hat man gar nicht den Ein- druck, daß die Stadt lebt. Sie scheint in ein großes und tiefes Geheimnis versunken. Aber an einer Stelle, auf dem Ufer, gibt es dennoch Leben. Eine Burg. Und hier wimmelt es von winzigen Menschenlein. „Ujje, was wird denn das?“ — fragt ein Slowakenmädchen mit slowakischer Betonung. Und der sonnengebräunte Slowak aus Ober- ungarn, der Amerika schon kennt, erklärt auch so- fort: „Ein Haus. Hier werden so die Häuser ge- baut.“ „Ja!“ — ruft das Mädchen aus und ist sehr

erstaunt darüber, daß die Häuser hier anders ge- baut werden, als daheim, im Komitat Trencsen. . . Natürlich behielt der Pessimist recht. Es war schon spät am Nachmittag, als es das Schiff in den Hafen zu locken gelang.

Ein junges Mädchen weinte auf: „Wie glück- lich bin ich.“ — Denn es erwartete den Verlobten aufs Schiff. Das mag tatsächlich ein großes Glück sein. Sie werden sich auf dem Schiff trauen lassen und werden noch heute als Mann und Frau an Land gehen können. Dies weiß jeder von uns, denn es kam ein Kabe! aufs Schiff. Jetzt eilen alle auf die andere Seite des Schiffes. Schließlich muß man doch sehen, wie wie landen. Außerdem gibt es auf dem Ufer Leute.

Wie prachtvoll sind doch die kleinen Wägel- chen, die von selbst mit dem Gepäc dahinsausen! Eine Jüdin ist ganz besonders aufgeregter. „Wo mich Kabe!a wohl e. . . arten wird? — Was denken Sie, wird man Kabe!a aufs Schiff las- sen?“ — fragt sie einen mit den amerikanischen Zügen bereits vertrauten Deutschen, der am ge- fälligsten zu sein scheint. „Ausgeschlossen. Das Schiff wird wie ein Schatz bewacht.“ Die Glocke ertönt. Für viele ist es ein glücklicher Augenblick. Die Passagiere der ersten Klasse verlassen be- reits das Schiff. „Auf die wartet ein Auto und nicht die Infel“ — sagt der Deutsche. „Gibt es denn auch hier solche Ungerechtig- keit?“ — staunt der fünfzehnjährige Polenknabe — „ich dachte, daß es so etwas nur bei uns gab.“ — Er las unterwegs viel und lernte am fleißig- sten von allen Englisch. Hat sicherlich die Ab- sicht, Millionär zu werden.

Er neigt sich über die Reeling und schwenkt ein kleines amerikanisches Fähnlein: „Das wird mein Vaterland sein.“

Der deutsche Väter-Kandidat lacht ihn zornig an: „Jerusalem ist dein Vaterland!“ Der fünfzehnjährige antwortet nicht. Er errödet nur sehr, bis ans Herz. Und die Erinnerung an einen Pogrom durchdringt ihn. Ein kleines Dorf. Polnische Soldaten. Amte. „Schert euch nach Jerusalem!“ — „Aber viele können nicht mehr hin“ — sagt er traurig zu mir — „sind tot. Auch mein Vater ist tot.“ Es war keine Zeit, lange diesen Gedanken nachzuhängen.

Aufgeregtes Hinundherren. Die amerikanischen Bürger suchen ihr Ge- päc. Die Namen der Protegierten werden geru- fen. Verfügungen fassen durch die Luft. Die Stewards ziehen ihre Ausgangsgewänder an. Auf dem Ufer wimmelt es. Einige drängen sich neu- gierig zum Ausgang, werden aber von den zwei Wächtern rasch zurückgedrückt. Der Deutsche erzählt, daß einmal eine Frau und ein Mann zurückgehalten und heimgeschiedt wurden, weil sie auf dem Schiff ein strafliches Verhältnis angefangen hatten. Die kleine Slowakin aus dem Komitat Trenc- sen flüstert ihrer: „Gefährten anuf Ungarisch ins Ohr: „Zah er vielleicht etwas?“ Sie wurde ganz rot. Die Stimmung war äußerst gedrückt. Man kann nie wissen. Die Behörden sind erbarmlich. Dies sagte ein Ungar aus dem Komitat Pest, der in solchen Dingen Erfahrung haben konnte. Allmählich legte sich der Lärm. Die Passa- giere der ersten Klasse mochten sich bereits in den Hotels von New York ausruhen. Die der zwei-

### Die Katastrophenpolitik von rechts.

Berlin, 26. September. In der gestrigen Besprechung der Reichsregierung mit den Führern der politischen Parteien hat der Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei folgendes zum Ausdruck gebracht: Nachdem alle Versuche, auf dem Wege von Verhandlungen mit Frankreich zu einer für die Ehre des Deutschen Reiches, wie für die Zukunft des deutschen Volkes ertragreichen Lösung zu kommen, an dem unbedingten Vernichtungswillen unseres Gegners gescheitert sind, kann es für Deutschland nur noch einen Weg geben: Die ultimative Forderung an Frankreich zur Wiederherstellung des Rechtszustandes und Wiedergutmachung aller Rechtsbrüche. Falls diese Forderung abgelehnt wird, Bruch mit Frankreich mit allen sich daraus ergebenden Folgerungen.

Der ständige Ausschuss der deutschnationalen Fraktionen des Reichstages und des preussischen Landtages macht sich diesen Standpunkt der Parteiführung in vollem Umfange zu eigen. Er ist überzeugt, daß dieses Programm mit Aussicht auf Erfolg nach innen und nach außen nur von einer Regierung vertreten werden kann, die nicht mit einem Akte der Kapitulation vor Frankreich belastet ist. Der ständige Ausschuss fordert deshalb eine Neubildung der Reichsregierung und die Übertragung der leitenden Aemter im Reich und in Preußen an Männer, welche sich dieses Programm zu eigen machen.

### Arbeitslosenfundgebungen im ganzen Reihe.

Berlin, 26. September. In Berlin bildeten sich im Laufe des gestrigen Tages an zwei verschiedenen Stellen Demonstrationen von Arbeitslosen. Ein Zug bewegte sich nach dem Rathaus des östlichen Vorortes Lichtenberg und wurde ohne Zwischenfall zerstreut. Eine andere Gruppe von etwa 200 Arbeitslosen demonstrierte im Westen und war schon in das Rathaus Schöneberg eingedrungen, als die Schutzpolizei erschien und sie wieder hinausdrängte. — Große Demonstrationen von Arbeitslosen werden auch aus Braunschweig gemeldet, wo die Arbeitslosen unter anderem Zwangsmaßnahmen gegen jene Unternehmer verlangen, welche Produktionsbeschränkungen vornehmen. Die Kundgebungen verliefen ruhig. — In Rittau kam es zu Ausschreitungen. Die Demonstranten versuchten, in das Rathaus einzudringen, wurden aber von der Polizei zerstreut. Am Abend sammelten sie sich wieder vor dem Rathaus, um die Freigabe mehrerer Verhafteter zu erzwingen, so daß die Polizei mit Gummiknüppeln eingreifen mußte, um den Marktplatz zu säubern. Es sind zwei Tote und 14 Verletzte zu verzeichnen. Am Rathaus wurde großer Sachschaden angerichtet.

### Es war „keiner der rühmlichsten Siege.“

Die öffentliche Meinung Englands.  
London, 26. September. (A. R.) Die britische öffentliche Meinung er. art., daß die Neuorientierung der deutschen Politik ohne innere Unruhen und Wirren vor sich gehen wird, worauf übrigens aus verschiedenen Teilen Deutschlands in London eintrreffende Nachrichten hindeuten. Der deutsche passive Widerstand wurde in britischen Kreisen immer als eine unwillkürliche und überflüssige Politik betrachtet, und diese Ansicht wurde auch jedem neuen Kabinette ausgedrückt. Trotzdem aber werden hier die Schwierigkeiten anerkannt welche sich der deutschen Regierung in den Weg stellen, wenn es sich um die Einstellung dieses Widerstandes handelt. Deswegen wurde die Nachricht von dem Entschlusse der deutschen Regierung „in die Brennpunkte zu greifen“ mit Befriedigung aufgenommen. Man kann nicht behaupten

den Klasse befanden sich auf der Insel, und auch die Amerikaner hatten schon das Schiff verlassen. Die Zwischendeckspassagiere waren allein geblieben. Mit der schweren Sorge: ob wir wohl hineingelassen werden?

Die Geschäftin der Braut erzählte: „Die Arme weint bitterlich — Ihr Bräutigam ist noch nicht gekommen.“ Dies ist wahrlich eine traurige Nachricht.

Nur der Väter-Kandidat wird nicht bestimmt. „Wir Deutschen sind kluge Menschen. Ich brauche weder einen Bräutigam, noch Verwardte“ — grinst er — „mich bringt mein Väter-laden nach New York!“

Jetzt hatte mit Deutschland niemand mehr Mitleid.

Tiefe Grüne umschlang das Schiff. Und das Grau ging langsam in Schwarz über. In der Ferne schimmerten kleine Lichter auf. Und in der Weite, nahe den Sternen, erglühete ein roter Stern.

„Dies ist das Dach des „Singer-Building“ und gibt die Zeit an“ — erklärte der sympathische Deutsche (nicht der Väter-Kandidat).

Kleine Gruppen bildeten sich.

Alle waren hoffnungsvoll. Niemand empfand Heimweh. Eine einzige Frage bedrängte die Herzen: „Wird man uns hineinlassen?“ wurde inzwischer nicht die Zahl überschritten: sind die Dokumente in Ordnung? ...

Der eine rief den erfahrenen Deutschen beiseite.

„Sagen Sie, ich habe die fünfundzwanzig Dollars nicht mehr“ — plapperte er hastig — „Wird man mich nicht zurücklassen?“

Der Deutsche ermutigte ihn wohlwollend, er möge dies nicht sagen, wenn er danach gefragt wird. „Sie brauchen das Geld nicht zu zeigen.

# Der Kampf der Bergarbeiter.

Die Verhandlungen ergebnislos. — Auf heute vertagt. — Freitag Reichskonferenz.

Prag, 26. September. Der Streik ist unverändert. Die Verhandlungen im Ministerium für öffentliche Arbeiten, die gestern seit 3 Uhr nachmittag fortgesetzt wurden und bis heute 3 Uhr morgens dauerten, wurden heute vormittag ab 11 Uhr weitergeführt. Die heutigen Verhandlungen dauerten bis 7 Uhr abend. Die Vorschläge der Arbeitervertreter, in denen das Maß der Lohnherabsetzung in den einzelnen Revieren bezeichnet wurde, wurden von den Gewerkschaften abgelehnt. Die Verhandlungen werden morgen um 3 Uhr nachmittag fortgesetzt. Morgen vormittag findet eine gemeinsame Sitzung des Zentralstreikausschusses und der Vertreter aller Gewerkschaftszentralen statt. Auf Freitag, den 28. September ist eine Reichskonferenz der Bergarbeitervertreter nach Prag einberufen, die über das weitere Vorgehen entscheiden wird.

### Vorkonferenz der tschechischen Gewerkschaften.

Unterstützung der Bergarbeiter.  
Vorgestern fand eine Konferenz der Vorkonferenz der in der tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinigungen vertretenen Verbände im großen Saale des Volkshauses in Prag statt. Zweifelhafte Sitzung war die Beratung über jene Maßnahmen, die geeignet wären, den Abwehrstreik der Bergarbeiter zu unterstützen. Nach dem Situationsbericht und einer Debatte wurden die bisher von der Gewerkschaftsvereinigung im Interesse der Bergarbeiter unternommenen Schritte einmütig gutgeheißen. Weiters wurde einmütig beschlossen, in allen Gewerkschaftsverbänden die weitestgehenden Vorbereitungen für eine wirksame Sicherung der Verteidigung der Bergarbeiter sofort zu treffen. Alle Gewerkschaftsverbände und die gesamte Arbeiterschaft sind verpflichtet, in ständiger Bereitschaft zu sein und alle Weisungen der Gewerkschaftsvereinigung zu befolgen.

ten, daß die britische Ansicht über die französische Besetzung des Ruhrgebietes eine Aenderung erfahren hat. Allgemein ist man der Ansicht, daß die Einstellung des passiven Widerstandes, wenn sie in Frankreich als Sieg begrüßt wird, entschieden keiner der rühmlichsten Siege der französischen Aktionen ist. Man ist hier der Ansicht, daß die Ruhrbesetzung bald der Vergangenheit angehört wird, sobald der Weg für eine weitere und nützlichere Prüfung des Hauptproblems der Reparationen geebnet sein wird.

### Macdonald über Frankreichs Ruhrrieg.

London, 26. September. (Reuter.) Ramsay Macdonald hat vor seiner Abreise nach dem nahen Osten eine Rede gehalten, in welcher er sagte, daß der angebliche große Erfolg Frankreichs im Ruhrgebiete mit der Tapferkeit nichts Gemeinsames habe und die Situation eher verschlimmere. Frankreich werde nicht eine Mark mehr erhalten als es erhalten hätte, wenn es auch keinen einzigen Soldaten an die Ruhr geschickt hätte. Der französische Erfolg bedeute so viel, daß die Quellen weiterer Reparationsleistungen in einem großen Maße vernichtet worden sind, daß die französische Schuld ungeheuer gewachsen ist und daß außerdem das Problem der Rekonstruktion Europas sich überall kompliziert hat. Die Frage des Aufschubes der internationalen Schulden, sagte Macdonald, gehöre zu den Wunden, die im Körper Europas kochen. Großbritannien müsse entscheiden aufhören, weiterhin nur Zuschauer zu sein und es müsse die Rolle des Vermittlers übernehmen.

### Baldwins Bericht.

London, 26. September. (Havas.) Heute vormittags trat der Ministerrat zusammen, in dem Ministerpräsident Baldwin die Einzelheiten seiner Unterredungen mit dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré darlegte. Eine nach Beendigung der Sitzung veröffentlichte halbamtliche Meldung besagt, daß das Kabinett die durch die letzten französisch-britischen Beziehungen eingetretenen Aenderungen sowie auch die neue Situation, welche durch den Beschluß Deutschlands über den Ruhr-Widerstand hervorgerufen wurde, geprüft habe.

Zagen Sie ja nicht die Wahrheit, nur ja nicht die Wahrheit! — wiederholte er — und dies war der beste Rat, den er ihm für das neue Land geben konnte.

„Arme Braut!“ — sprach das kleine Slowakenmädchen.

Bläulich jedoch durchleiste das ganze Schiff die Vorkonferenz: „Der Bräutigam ist da; der Bräutigam ist da!“

Darüber freuten sich alle aufrichtig.

„Wenn mir doch auch meine Hebekla einen Zettel schicken könnte“ — seufzte die Jüdin.

Aber Hebekla konnte keinen Zettel schicken.

Arme Hebekla. Dieser Name hat auch hier einen schlechten Klang, — hier — — in Amerika.

Die Mädchen setzten sich im Kreis um den fünfzehnjährigen Judenknaben aus Polen. Der nahm seine Gitarre zur Hand, entlockte dem Instrument weiche und traurige Töne.

Die Slowakin schmiegte sich an ihren Gefährten: Sie neigten sich über die Keeling. Betrachteten die Lichter. Und zählten, wie oft auf dem Dach des „Singer-Building“ der Stern grün und wie oft er rot erglühete.

Dann schmiegle sie sich immer enger aneinander.

Als sie jedoch die schmale Treppe hinabstiegen, fragte das Mädchen ängstlich: — „und wenn sie mich nicht hineinlassen?“

„Dummkopf“ — antwortete der Mann, verschlechte dem Mädchen einen Schlag auf den Rücken und preßte es noch fester an sich.

Dies war eine überzeugende Beweisführung. Auf dem Verdeck weinte die Slowakin.

Und oben am Himmel erglühete rufend und geheimnisvoll der rote Stern ...

### Frankreich paßt der ganze Völkerbund nicht.

Die Abrüstung soll ausschließlich Sache der Militäristen sein.

Genf, 25. September. Bei der Debatte über den Bericht der temporären gemischten Abrüstungskommission und die Verlängerung ihres Mandates beantragte der Franzose Roca die Abschaffung dieser Kommission, da es sich hier um ein Völkerbundorgan handelt, in dem im Gegensatz zu der ständig beratenden Militärkommission nicht nur Berufsmilitär, sondern die verschiedensten frei ernannten Persönlichkeiten, darunter Churchill und Vertreter der Arbeiterklasse, vertreten sind. Da alle bisherigen Initiativen auf dem Gebiete der Abrüstungsbeschränkungen von dieser Kommission ausgingen, stieß der Antrag auf den lebhaftesten Widerspruch Churchills und des norwegischen Vertreters Lange. Letzterer wies nachdrücklich auf den äußerst schlechten Eindruck hin, den es in der ganzen Welt hervorrufen würde, wenn in Zukunft das Abrüstungsproblem nur von der rein militärischen Kommission beraten würde. Der italienische Delegierte dagegen stimmte dem französischen Vorschlage zu. Der Vorschlag forderte, daß man sich im Interesse einer einmütigen Stellungnahme auf ein Kompromiß einigen. Churchill versuchte, dem französischen Standpunkte entgegenzukommen, indem er vorschlug, die Frage der Nützlichkeit der Kommission zunächst durch den Rat entscheiden zu lassen. Am Schluß der Sitzung ergriff der Delegierte des Internationalen Gewerkschaftsbundes Jouhaux (Frankreich) das Wort, um auf die Gefahren des französischen Vorschlages hinzuweisen, da er den Völkerbund des einzigen Organes berauben würde, das seinen Kontakt mit der öffentlichen Meinung aufrecht erhält und bisher als einziger Organismus die Aufgabe des Völkerbundes zu verwirklichen trachtete. Die weitere Debatte über diese Frage wurde auf morgen vertagt.

### Die Kleine Entente und Ungarn.

Genf, 25. September. (Havas.) Der Vertreter der Agence Havas erklärt, daß die Beziehungen der Kleinen Entente zu Ungarn sich nach den jüngsten Konferenzen bis zu einem gewissen Maße gebessert haben. Es ist auch möglich, daß die Vertreter der Kleinen Entente in einem gemeinsamen Kommuniqué ihre prinzipielle Zustimmung zur Ausgabe einer internationalen Anleihe zugunsten Ungarns unter gewissen Bedingungen einer Kontrolle der beteiligten Staaten erklären werden.

### Die Verhandlungen zwischen Jugoslawien und Italien.

Rom, 26. September. (Havas.) „Messagero“ bekräftigt die Richtigkeit der aus jugoslawischer Quelle stammenden Information, wonach Italien die Aufknüpfung direkter Verhandlungen mit Jugoslawien auf Grundlage folgender Punkte angeht:

1. Annexion der Stadt Fiume und des Gebietes durch Italien unter gleichzeitiger Anerkennung der jugoslawischen Souveränität über das Delta und den Hafen von Baros durch Italien.
2. Korrektur der jetzigen Grenze zwischen Fiume und Kroatien zugunsten Serbiens.
3. Anerkennung einer freien Zone im Fiumaner Hafen an Jugoslawien.
4. Abschluß eines italienisch-jugoslawischen Handelsvertrages. In Angelegenheit eines 5. Punktes über eine politisch-militärische Konvention zwischen Italien und Jugoslawien gegenüber dem Balkan und Mitteleuropa erklärt das Blatt, daß dies die tatsächlichen italienischen Vorschläge überschreite. Schließlich wird erklärt, daß Italien Jugoslawien niemals vorgeschlagen habe, sich der Bildung der Kriegsstoffe in der Adria zu begeben.

### Der Diplomatenmord vor der Völkerverkonferenz.

Paris, 26. September. (Havas.) Die Völkerverkonferenz hat heute Vormittag einen einstimmigen Beschluß über die Verantwortlichkeit für die Ermordung der italienischen Delimitationskommission in Albanien getroffen. Der Beschluß wurde der griechischen Regierung mitgeteilt und wird heute abends veröffentlicht.

Der diplomatische Berichterstatter der Havas-Agentur erzählt, daß die Völkerverkonferenz in ihrem Beschlusse, Italien den Anspruch auf Reparationen in der Höhe von 50 Millionen Lire, welche von Griechenland deponiert worden sind, zuerkenn.

### Donnerstag Rückgabe von Korfu.

Athen, 26. September. (Havas.) Wie das griechische Presbüro meldet, hat der italienische Gesundheitssekretär dem Generaldirektor des Auswärtigen Amtes bekanntgegeben, daß Korfu am 26. ds. vollständig geräumt und am 27. ds. Griechenland übergeben werden wird.

### Die Revolution in Bulgarien.

Schlachtberichte der Janowo-Regierung.

Prag, 26. September. Die bulgarische Gesundheitsbehörde in Prag erklärt, daß es im Laufe der gegenwärtigen Unruhen in Bulgarien weder auf den Bahnen noch im Post- und Telegraphenbetriebe zu Zweifeln gekommen ist. Ebenso sind auch die letzten Belgrader Berichte ohne eine Unterlage. Dies bezeugt auch der Umstand, daß die hiesige bulgarische Gesundheitsbehörde eine aus Sofia am 25. d. um 20 Uhr abgelaufene und vom Ministerpräsidenten Janowo nicht unterfertigte Depesche erhalten hat.

Sofia, 25. September. (20.30 Uhr.) Die bulgarische Telegraphenagentur meldet: Die Ruhe ist in den Städten, in welchen die Kommunisten Unruhen hervorgerufen haben, wiederhergestellt. Es erübrigt nur noch ein größerer Verdacht in der Umgebung von Ferdinand, wo sich die zur Unterdrückung des Aufstandes eingesetzten Truppen normal abwickeln. Wie gemeldet wird, haben einige Führer des Aufstandes Selbstmord begangen, andere wurden vor ihren eigenen Anhängern massakriert. Bei zahlreichen Gefangenen wurde festgestellt, daß sie Handgewehre russischen Modells hatten. (Am Kriege wird viel gelegen und auf dem Balkan wird gerne gelegen wie muß er schon gelogen werden in dem Balkankriege der bulgarischen Bourgeoisie gegen das bulgarische Bauern- und Arbeiterproletariat? T. Red.)

### Inland.

General Gajda tritt auf den Plan. General Gajda, der bei den Gemeindevahlen den Soldaten der Kaschauer Garnison die Wahl einer faschistisch-militärischen Kandidatliste in einem militärischen Befehl „empfahl“, will seine Zuneigung, die er so lebhaft in Sibirien bewahrt, offenbar fortsetzen. Er hält die Zeit ebenfalls schon für gekommen, um seine faschistischen Listen zu erproben und bereitet dabei einen „Marsch“ vor — vorerst in der tschechischen Legionärsgemeinde. Nächste Woche findet in Breslau ein Legionärkongress statt, welchen Anlaß General Gajda benutzt, um einen Aufruf an die Legionen zu erlassen, der in den „Marodni Listy“ an letzter Stelle wiedergegeben wird. Man weiß also, woher der Wind weht. In dem Aufruf heißt es: „Kommt Ihr, Brüder, mit mir der unangenehmen Entwicklung unserer Verhältnisse zu schenken. . . Wir haben aufgehört, hart zu sein, wir haben aufgehört, zu liegen. Schlecht erklärte Schlagworte des Sozialismus, welche die nationale Idee verdrängen sollen, sind dessen Ursache. . . und führten die Legionäre an den Rand allgemeiner Mißachtung. Warum duldet Ihr an der Spitze der Legionen Leute, welche die nationale Idee, die dem Legionärstum Leben und alle moralische Kraft gegeben hat, schänden und lächerlich machen? Unser Preßburger Kongress muß Ordnung machen, Ordnung in der Führung, Ordnung in der Wahl der Personen. . . Nun handelt rasch, müßig, wie Ihr immer handlet und wie Ihr Euch im Kampfesstümmel immer rasch einschleichen habt, wann immer der Feind nahe und die Situation kritisch wurde.“ Diese Herausforderung Gajdas findet in der tschechischen sozialistischen Presse ohne Unterschied der Richtung energische Zurückweisung. Am entschiedensten zeigt sich das „Cesté Slovo“. Aus der Tätigkeit des Generals Gajda in den letzten Tagen geht das Bestreben hervor, die Muster fremder Machtgewaltiger nachzuahmen, er will nachahmen Mussolini, dem spanischen General de Rivera, Koltshaf, und seine abenteuerliche Aktion in Sibirien wiederholen, bei der viele tschechische und russische Leute unschuldig zugrunde gingen. Es ist bezeichnend für den politischen Ueberblick des Generals und seiner Alique, daß er in Tagen, da die Nation ihre Gesinnung in den Gemeindevahlen zeigte, als Exponent der hartnäckigsten Feinde des Sozialismus auftritt. Ein weiteres Vorgehen auf diesem Wege stößt an die feste Mauer aller fortschrittlichen und wahrhaften Republikaner, welche es nicht erlauben werden, Kasard mit der Existenz des Staates zu spielen.“

**Die polnischen Sozialdemokraten.** Der „Robotnik Slaski“, das Organ der polnischen sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakischen Republik, befaßt sich mit der nach den Wahlen geschaffenen Situation und schreibt in seinem Artikel: „Mit wem werden wir gehen?“, daß sich die Partei ihre Selbstständigkeit erhalten müsse und sich durch nichts binden lassen dürfe. Es sei klar, daß die Vertreter der polnischen sozialistischen Bevölkerung in den Gemeindevertretungen in einer gemeinsamen Front mit den übrigen polnischen Vertretern gehen werden. Doch werden auch hier Interessen auftauchen, welche in das sozialistische Programm fallen und welche gemeinsam mit den sozialistischen Vertretern anderer Nationalitäten durchzusetzen sein werden. Wo eine sozialistische Mehrheit ist, werde man sie erhalten müssen und zu diesem Zwecke Beziehungen zu allen sozialistischen Fraktionen aufnehmen, die Kommunisten nicht ausgenommen, wenn dies im Interesse der Sache gelegen ist.

**Die Karlsbader Wahl.** In Karlsbad hat die tschechische Wahlgruppe gegen die Gemeindevahl Protest eingelegt, indem sie erklärte, daß die Reinheit und Freiheit der Wahl in Karlsbad nicht gewährleistet worden sei. Vor allem geht die Beschwerde dahin, daß die Kandidatenlisten nicht nummeriert, also nicht deutlich bezeichnet gewesen seien, daß die Größe der Listen nicht die gleiche war, daß die Wahl mittelst Vollmacht in einem Wahllokal zugelassen wurde und daß bei einem anderen Wahllokal die Abstimmung der einzelnen Wähler von der Straße aus kontrolliert werden konnte.

**Anfechtung der Přebuzer Gemeinde-Wahl.** Die Deutsche sozialdemokratische Partei in Přebuz hat einen Rekurs gegen die Gemeinderatswahlen eingelegt, in welchem sie die Annullierung der Wahlen verlangt. In der Begründung werden eine Reihe von Wahlmißbräuchen angeführt, wodurch unsere Partei hunderte Stimmen verlor. Eigentümlich ist, daß unseren Genossen bedeutet wurde, daß sie, falls dem Rekurs Folge gegeben wird, die Kosten einer eventuellen neuen Wahl tragen müssen. Die Kosten einer Neuwahl in Přebuz würden nicht weniger als 200.000 Kronen betragen. — Bei den Oppositionsparteien bestand die Absicht, den Gemeinderat Genossen August Maszar zum zweiten Vizebürgermeister zu wählen. Die Organisation der Deutschen Sozialdemokraten in Přebuz beschäftigte sich in einer jüngst abgehaltenen Sitzung mit dieser Frage und faßte den Beschluß, eine solche Funktion zurückweisen zu müssen, da sie nicht gewillt ist, für die Taten der Majoritätsparteien im Gemeinderate die Verantwortung zu übernehmen.

**Dr. Baxa — doch Bürgermeisterkandidat!** Der Kampf innerhalb der tschechischen nationalsozialistischen Gemeindefraktion im Proger Rathaus scheint mit einem Siege des rechten Flügels gedeutet zu haben, denn gestern wurde Dr. Baxa offiziell von der Partei als Kandidat für den Bürgermeisterstuhl nominiert. Seine Wahl ist angeblich gesichert, denn es werden für ihn, so behauptet man, die Koalitionsparteien stimmen. Die erste Vizebürgermeisterstelle erhält der Nationaldemokrat Dr. Baněk, die zweite der Kommunist Štála, gegen den sich aber innerhalb seiner Partei noch Widerstände zeigen, und um die dritte wird „gekämpft“. Diese Stelle sollten nämlich als vierstärkige Partei die tschechischen Sozialdemokraten erhalten, aber die Gewerbetreibenden versuchen mit Hilfe der Stimmen der kleinen Parteien diese Stelle mit einem Anhänger ihrer Partei zu besetzen. Merkwürdig genug ist es, daß sich in dem beabsichtigten Klub der kleinen Parteien die Gagisten mit den Gewerbetreibenden, die sich gegenseitig sonst nicht auf den Namen kommen können, und die Hausherren mit den Mietern zusammenschließen wollen. Ein weit heftigerer Kampf spielt sich noch um die Stelle eines Vorstehers von Juncenproag ab. Die Nationaldemokraten, welche hier die stärkste Partei sind, kandidieren den Ing. Rothnagel, jedoch erheben auf diese Stelle auch die tschechischen Nationalsozialisten Anspruch, die mit Hilfe der Kommunisten zum Ortsvorsteher ihren Parteigänger Simouides machen wollen. Dieses ihr Verhalten steht somit im krassen Gegensatz zu ihrem Verhalten in Groß-Prag. Uebrigens ist in der nationalsozialistischen Partei ein neuerlicher Konflikt wegen einer Extratur Baxas ausgebrochen. Dieser hat nämlich einen Aufruf der Klerikalen zu Sammlungen für die Rollendung des Veitsdomes an erster Stelle unterzeichnet. Das gestrige Abendblatt des „České Slovo“ veröffentlichte jedoch eine Aufforderung, „für den Veitsdom keinen Heller herzugeben“. Die tschechischen Nationalsozialisten zeigen wieder einmal zwei Gesichter: ein klerikales und ein antiklerikales. — Der Klub der neugewählten Vertreter der kommunistischen Partei im Rathaus hat eine Zuschrift an sämtliche sozialistische Klubs im Rathaus gerichtet, worin die Bildung eines sozialistischen Blocks behufs eines einheitlichen Vorgehens in der Kommunalpolitik und die Anknüpfung von Verhandlungen bezüglich der Wahl eines sozialistischen Bürgermeisters in Prag in Antrag gebracht wird. Der Klub der tschechisch-nationalsozialistischen Stadtvertreter hat den kommunistischen Antrag dem Präsidium der Partei vorgelegt, das die Zuschrift der Kommunisten dahin erwiderte: Sie erwarten, daß bei der Lösung konkreter, kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Fragen die kommunistischen Vertreter mit den Vertretern der übrigen tschechischen sozialistischen Parteien zusammen kommen würden. Erst gute Ergebnisse einer solchen Mitarbeit könnten die notwendigen Voraussetzungen zu engeren Beziehungen bilden.

**Dr. Urbenský hospitiert bei den Kommunisten.** In der gestrigen Sitzung des Klubs der kommunistischen Rathausfraktion wurde Dr. Urbenský, Mitglied der Stadtvertretung für die Partei der sozialistischen Vereinigung, als Hospitant aufgenommen.

**Aus dem slowakischen Dunkel.** Die mißglückte Agitationsreise Šlinkas nach Kaschau, wobei ein Anhänger der Volkspartei ums Leben kam, hatte das Gerücht gezeitigt, daß auch Šlinka erschlagen worden sei. Das Gerücht drang im Handumdrehen in die verlassenen Gebirgsdörfer und so strömten die Bauern seit Tagen in hellen Scharen nach Rosenbera, wo Šlinka Pfarrer ist, um sich persönlich von der Unwahrheit des Gerüchtes zu überzeugen. Gleichzeitig arrangierten die Pfarrer der Umgebung Prozessionen, um Gottes Strafe auf die Sozialisten herabzulassen.

**Tages-Neuigkeiten.**  
**Erzwungene Stille.**

**Betrachtungen eines Grubenhaltungsarbeiters.** Auf dem großen Kohlenwerk ist es still geworden. Seit vier Wochen jährt kein Dampf mehr, ruhen die Maschinen und Werkzeuge. Die Sortiermaschine, die mit ihren tausend Gliedern und Rädern Tag und Nacht einen ohrenbetäubenden Lärm erzeugt, hat sich in eifernes Schweigen gehüllt und ihre sortierende Tätigkeit eingestellt. Sie will keine Streikbrecherarbeit leisten. Die ihr befreundeten kleineren Maschinen haben sich in pflichtbewusster Solidarität angegeschlossen. Auch sie wollen keine Streikbrecherarbeit leisten. Und weil die Maschinen kein Geräusch und keinen Lärm mehr machen, so haben auch die Hunte beschloffen, vorläufig keine schwarzen Kohlen, die für die Grubenkapitalisten zu rotem Golde werden, zu fassen und zu fördern. Sie sollen so lange leer stehen, bis die Bergarbeiter den Angriff der Ausbeuter abgewehrt haben werden.

Auf dem Schacht ist es menschenleer. Die vielen Hundert Knappen, die täglich über das kohlenjaubige Pflaster gingen, um für die Industrie das schwarze Brot zu besorgen, sind verschwunden. Und nur selten werden die Spagat, die sich jetzt auf dem Hofe lustig tummeln, von einem Vorübergehenden verschaut.

In der Zechenstube ist alles Leben erstorben. Was war das nicht immer für ein Trübel, für ein Geschrei und für ein grelles Blinken unzähliger kleiner Grubenlichter. Heute ist es still, wie in einer Kirche. Hat man früher oft sein eigenes Wort nicht verstanden, so hört man jetzt deutlich das Summen der Fliegen, die den Raum durchschwirren. Es ist unheimlich geworden in der Zechenstube, seit die Kameraden gegen das mächtige Grubenkapital in den Streik getreten sind. Wann werden sich die Kameraden wieder dort versammeln, werden die Vertrauensmänner auf die Bank steigen und den erfolgreichen Ausgang des großen, hartnäckigen Kampfes verkünden?

In der Grube, in den unterirdischen Gängen und Arbeitsorten herrscht grauenvolles Schweigen, äußerste Finsternis. Es grüht dich kein freundliches Grubenlicht, kein Hammer Schlag belebt dein Bewußtsein. Die Knappen, die den Sicherheitsdienst in der Grube versehen, schleichen wie die Berggeister vergangener Zeiten durch das schwarze Labyrinth und sind froh, wenn sie es wieder verlassen dürfen. — Die Seilbahnen und Bremsen bewegen sich nicht, die Hunte stehen leer und wie angefroren auf den Stationen, Fäden und Schaufeln ruhen im Mundloch oder in der Werkzeugschale und die verholzten Pflanzen und Bäume warten Tag um Tag, bis sie nach einem hunderttausendjährigen Schlaf wieder das Licht der Sonne erblicken dürfen — aber vergeblich. Die Bergleute sind böse geworden auf ihre Werkzeuge. „Warum sie nur so lange keine Nachrichten von der Oberfläche bringen“, frägt eine Schaufel ihre Schwestern, die schon vier Wochen neben ihr im Mundloch seht. „Die Grubenherren wollen ihnen einen geringeren Lohn geben und deshalb halten sie einen langen Feiertag.“

Im Depothausen steigt weißer und blauer Rauch gen Himmel. Den riesigen Kohlenmengen, die hier lagern, ist es in den vergangenen warmen Tagen so heiß geworden, daß sie jetzt anfangen zu schmelzen, zu dampfen und zu brennen. Die Fabriken müssen feiern, die Menschen hungern und darben, aber die Grubenherren lassen die Kohle lieber verbrennen, bevor sie sie mit einem geringeren Gewinne verkaufen würden. Eine brennende Anlage gegen die kapitalistische Unordnung und Profitgier ist dieser Depothausen.

(Aus dem „Güld auf“.)

**Die Beamtenfreundlichkeit der „Bohemia“.** Aus Beamtenkreisen wird uns geschrieben: Jeden zweiten Tag rückt jetzt die „Bohemia“ mit einer neuen Nachricht heraus, daß die Regierungsparteien einen Abbau der Staatsangestelltengehalte erwägen, togs darauf wird die Meldung prompt von amtlicher Seite demontiert und schon wieder läuft ein Redaktionsjüngling und läßt sie, um allerlei „authentisches Material“ vermehrt, vom frischen Tische. Dieses anmutige Spiel geht schon seit Wochen und sein Ende ist nicht abzusehen, aber fragen muß man doch: wem zuliebe und

wem zuliebe? Bewiß ist den Koalitionsparteien allerlei zuzutrauen, sogar der hirnkräftige Versuch, ahnedies Hungern die letzte Grundlage ihrer fargen Lebensführung zu nehmen; aber ihnen den Gedanken aufzudrängen, ihn den Regierenden behaupten zu suggerieren, bis sie Lust bekommen, den gar nicht geträumten Anschlag in die Tat umzusetzen, ist des Guten doch wohl zuviel. Was anfangs ein törichtes Wahlmanöver sein mochte, infolged das Demokratienfolium der „Bohemia“ nirgends bei den Gemeindevahlen mit den Regierungsparteien in Konkurrenz trat, wächst sich allmählich zur Gemeinheit aus und die „Bohemia“, die ungeliebte Schützerin der Staatsangestellten, erweist sich wieder einmal als verderblicher Schädling: Gewöhnt sie doch durch ihr nicht enden wollendes Geschrei die Doffentlichkeit an die Vorstellung, daß ein Gehaltsabbau im Bereich der Möglichkeit liege, die Gewöhnung nimmt der Vorstellung allmählich alles Absurde und es bedarf nur eines Weilsens, damit die so bearbeitete Doffentlichkeit den Abbau — fordere. Weiters bringt der Nachrichtenagel des Blattes in Tausende von Haushaltungen Unruhe und Sorge, Bedenken und Beamtungen um das sowieso nur mühsam und unter Entbehrungen hergestellte Gleichgewicht ihrer Wirtschaft oder verlieren es gar über dem trüben Bild in die Zukunft. Den Bergarbeitern, die eben jetzt entscheidend um ihre Existenz kämpfen, wirkt dieses System von Meldungen Knüppel zwischen die Füße, denn, wie schon die Menschen sind, fühlen sich die öffentlichen Angestellten durch die Prophezeiung der „Bohemia“ verführt, zu denken: „Ja, wenn wir an Lohnverkürzungen glauben müssen, ohne uns durch Streik wehren zu können, sollen die Bergarbeiter es auch nicht besser haben!“ Das ist ein kleiner Blütenstrauch der psychologischen Folgen, welche die unentwegte Kampagne des Demokratienblattes zeitigen kann und muß, doch die Herren lassen nicht ab zu unken, weil sie doch einmal damit begonnen haben, weil sie ferner recht behalten müssen, und schließlich, weil ein Weltblatt vom Range der „Bohemia“ informiert sein und das Gras wachsen hören muß. Nur eines glaubt ihr niemand, am wenigsten der Staatsangestellte: daß sie wirklich beamtenfreundlich ist und nur aus rührender Sorge um das Dasein der Angestellten ihre Passandrucke auslöst. Dafür war sie zu innig mit den Deutschbürgerlichen Altösterreichern verflochten, die stets an der Spitze marschierten, wo es galt, den öffentlichen Angestellten Rechte zu rauben oder das Einkommen zu beschneiden; dafür ist sie heute zu eindeutig das Organ des besitzenden, rückwärtlichen Bürgertums. Sie tut nur so entzückt, weil dieser billige Lärm gegen die Tschechen ihr Teufelschmuck beweist und weil es angenehm ist, sich „sozial“ zu gebärden, ohne daß es etwas kostet. Aber auf ein soziales Gefühl, das, um sich austoben zu können, die Regierung so kospikelartig auf die Staatsangestellten los, werden die so demagogisch mißbrauchten Staatsangestellten mit Freig und Recht pfeifen!

**Bergeht die deutsche Jugendfürsorge nicht!** Die Deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen ersucht uns um Aufnahme folgender Zeilen: Tagtäglich werden der Deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen Kinder gemeldet, die sich in ungeordneten Erziehungsverhältnissen befinden, denen das Elternhaus fehlt, die verlassen und gefährdet unterzugehen drohen. Ueber 800 Kinder werden ständig von der Deutschen Landeskommission in deren Heimen, Pflegekolonien oder in Heil- und Erziehungsanstalten und Familien betreut. Mehr als 3.000.000 K jährlich sind erforderlich, um das große Jugendhilfswerk fortführen zu können. Um ein starkes, lebensfähiges Bollwerk für die hilfbedürftige deutsche Jugend zu schaffen, muß viel mehr als bisher der deutschen Jugendfürsorge durch reichliche Spenden und Beiträge gedacht werden.

**Vortragsjournee des Genossen Prof. Viedl in Amerika.** Genosse Dr. Arthur Viedl, Professor der deutschen Universität in Prag und Vorstand des Institutes für experimentelle Pathologie, hat eine Vortragsjournee an amerikanischen Universitäten angetreten. Professor Viedl wird erst mit 1. April 1924 seine Tätigkeit in Prag wieder aufnehmen.

**Patenkreuzerliche Wahlsiege.** Der nationalsozialistische „Vollstrecker“ in Bodenbach brachte in seiner Samstagsnummer die Meldung, daß die Nationalsozialisten bei den Wahlen in Ullgersdorf bei Bodenbach acht Mandate (statt bisher fünf) erobert hätten. Die Sozialdemokraten hätten in Ullgersdorf von 21 Mandaten neun Mandate verloren. Dann berichtete der „Vollstrecker“ weiter, daß auch andere Parteien in Ullgersdorf bei den letzten Wahlen Mandate erhalten haben. Nun weiß aber in Bodenbach jedes Kind, daß Ullgersdorf einen Ortsteil von Bodenbach bildet und daß Wahlen in die Gemeinde Ullgersdorf das septimal nicht stattgefunden haben, da doch die Bewohner von Ullgersdorf die Gemeindevertretung von Bodenbach mitgewählt haben. Für den nationalsozialistischen „Vollstrecker“ existiert aber, als in seiner Redaktion die Wahlsiege der Patenkreuzer zusammengestellt wurden, mit einemmal eine selbständige Gemeinde Ullgersdorf bei Bodenbach, in der die Nationalsozialisten sogar drei Mandate mehr als das septimal gewonnen hatten. Auf diese Weise ist es natürlich sehr einfach, Wahlsiege zu konstruieren und zusammenzustellen. Nur darf man nicht so dumm wie der „Vollstrecker“ sein, der den eigenen Lesern in Bodenbach-Ullgersdorf — falls er dort

welche besitzt — einreden will, daß sie gar nicht zu Bodenbach gehören und bei den letzten Wahlen selbständig gewählt haben.

**Die Wahlsiege der anderen Parteien.** Die Brünnener christlichsoziale „Tagespost“ weiß zu berichten, daß in Groß-Olmütz die verschiedenen tschechischen Parteien 43 Mandate erhielten, wobei an der Spitze dieser Parteien die Katholiken (sies Merikale) stehen. Das würde allerdings stimmen, wenn die tschechischen Merikalen in Olmütz nicht neun, sondern elf Mandate wie die tschechischen Sozialdemokraten erhalten hätten.

**Die Grubenkatastrophe in Schottland.** Nach den letzten aus Schottland eingetroffenen Nachrichten ist zu befürchten, daß bei der Grubenkatastrophe in Redding 41 Bergarbeiter ums Leben gekommen sind. Die Rettungsarbeiten werden zwar fortgesetzt, es ist aber wenig Hoffnung vorhanden, daß noch jemand gerettet werden könnte. Eine derartige Katastrophe ist in diesem Revier schon 36 Jahre nicht vorgekommen.

**Ein neues Sinnesorgan.** Aus Halle a. S. meldet die „Vossische Zeitung“, daß Sinnes die altangesehene „Tageszeitung“, die früher als Organ des entschiedenen Liberalismus hohes Ansehen genoss, in aller Stille aufgelassen hat. Der Verlegerwechsel wurde der Leserschaft nicht mitgeteilt.

**Baldwins Sohn — Sozialist.** Wie der „Vorwärts“ meldet, hat der Sohn des englischen Premierministers Baldwin, Oliver Baldwin, offiziell den Anschluß an den Sozialismus vollzogen, indem er sich in die Liste der Arbeiterpartei eintragen ließ. Er habe die Absicht, sich bei Neuwahlen als Kandidat der Arbeiterpartei aufstellen zu lassen.

**Faschistenüberfall bei Mailand.** Die katholische Genossenschaft Brochi bei Mailand wurde von Faschisten überfallen und vollständig ausgeplündert. Der allgemeine Schaden wird auf rund 20.000 Lire geschätzt.

**Ein Cholerafall in Přebuz.** In den Baracken der Přebuzer Donaubrücke, in denen Wrangelsoldaten und deren Angehörige untergebracht sind, ist am Samstag eine aus Budapest zugereiste 22jährige Frau an Cholera erkrankt. Sie starb nach ihrer Ueberführung ins staatliche Krankenhaus. Das Barackenlager wurde sofort einer Desinfektion unterworfen und seine Zufahrten kamen ins Epidemienkrankenhaus in Quarantäne. Es ist noch nicht festgestellt, ob es sich um asiatische Cholera handelt.

**Felchen der Zeit.** In Loffstedt bei Hamburg drangen in die Wohnung einer Familie mehrere Räuber mit dem Rufe „Hände hoch!“ ein. Die aus acht Personen bestehende Familie wurde gefesselt, die Wohnung acht Stunden lang ausgeplündert und die Sachen mit einem Auto fortgeschafft.

**Die Geliebte ermordet.** In Gürlich wurde dieser Tage die 24jährige Martha Brückner in ihrem Bette von ihrem Bruder erwürgt aufgefunden. Martha Brückner unterhielt mit dem 23jährigen aus Magdeburg stammenden Emil Klobetz ein Verhältnis, das bald zur Hochzeit führen sollte. Da die Brückner in der letzten Zeit jedoch erfuhr, daß Klobetz auch mit einem anderen Mädchen ein Verhältnis gehabt hatte, um ein Kind zu zeugen, beschloß sie den Verkehr mit Klobetz zu lösen. In der Nacht zum Samstag hat Klobetz das Mädchen, von dem er nicht lassen wollte, besucht und es bei diesem Besuche erwürgt. Der Täter, der nach dem Morde entflohen, hat sich in Magdeburg der Polizei selbst gestellt.

**Liebesdrama in Komotau.** Der 23jährige Elektrotechniker Franz Wähl aus Komotau gab dieser Tage gegen seine Geliebte Julie Schöniger, welche in Komotau als Kontoristin beschäftigt war, einige Schüsse ab und entließ sich hierauf selbst. Das Mädchen wurde in schwerverletztem Zustande ins Krankenhaus überführt. Nach den Mitteilungen des Mädchens beging Wahl die Tat deshalb, weil die Eltern gegen ein Verhältnis mit Wahl Einspruch erhoben.

**Das öffentliche Armenwesen in der Tschechoslowakei.** Das statistische Staatsamt hat das statistische Material über die Armenpflege in der Tschechoslowakischen Republik mit Ausschluß der Slowakei im Jahre 1921 zusammengestellt und publiziert. In Böhmen betrug die Zahl der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Personen 117.164; davon sind 42.807 Personen über 60 Jahre alt. Der Aufwand für diese Armen erforderte 39.414.482 K; davon waren 16.822.943 K ungedeckt, welcher Betrag aus den Gemeindefonds gedeckt werden mußte. Die Zahl der Armenhäuser betrug 4316. In Mähren und Schlesien betrug die Zahl der öffentlich unterstützten Armen insgesamt 51.165; davon waren 16.806 Personen über 60 Jahre alt. Der Aufwand für diese Armen erforderte 22.087.661 K; davon waren ungedeckt 14.508.488 K, für welchen Teilbetrag die Gemeinden aufzukommen hatten. Die Zahl der Armenhäuser betrug 1950.

**Witterungsbericht am 26. September.** Dienstag herrschte Regemwitter neumezt in Karpatenrußland (Umgar 20 Millimeter Niederschlag); sonst waren die Niederschläge sehr gering (1 Millimeter) und vereinzelt. Im Osten trat empfindliche Abkühlung ein, im Durchschnitt um 10 Grad C. und die heutige Nacht war dort sehr kalt: Ung. Prob 2 Grad, Nitza drei Grad Celsius. In der westlichen Hälfte der Republik war das Wetter günstig. Sonnenscheindauer über sieben Stunden (Slowakei eine Stunde weniger) und wärmer als am Vorlage. Die Erwärmung im Westen war besonders in der letzten Nacht deutlich, Eger um 7 Grad C. wärmer als gestern. Unter dem Einfluß einer leichten Randströmung eines nordwestlichen Tiefdruckgebietes war es heute vormittag in Böhmen stark neblig, stellenweise zogen Regenböen. Die

Störung zieht sehr rasch vorbei, gefolgt von einem Reil hohen Druckes, so daß Donnerstag wieder Schönwetter eintritt. — Wahrscheinliches Wetter am 27. September: Wechselnd wolfig, mäßig warm, Windrichtung nach Osten.

Prager Chronik.

Zus dem Polizeibericht.

Der 59jährige Landstreicher Anton Pechanek wurde in der Nacht auf gestern in der Kanzlei der Baugenossenschaft auf dem Ballon in Zizkow betreten. Auf die Frage, was er da nächstlicher Weile zu suchen habe antwortete er, er wolle dort übernachteten. Er fand ein bei den jetzigen kühlen Nachttemperaturen immerhin bequemeres Asyl im Gefangenenhaus des Landstrafgerichtes. — Der 23jährige Josef Svoc aus Smichow war plötzlich im Besitze einer großen Menge von Fünfstückennoten, mit denen er in Gesellschaft von Genossen, die er in generöser Weise freiließ, prägte und herumführte. Nachts vorher, am 20. September, war aus der erbrochenen Kassa der Firma Staub und Driml in der Siliengasse ein Betrag von 37.000 K geraubt worden, unter dem sich viele Fünfstückennoten befanden hatten. Die Polizeigenossen verhafteten den Josef Svoc, der an einem Abend 2000 K vergewaltete. Bei einer Hausdurchsuchung wurden noch 136 Fünfer bei ihm gefunden. Woher er sie habe, konnte er nicht angeben. Er wurde dem Gerichte übergeben. — Auf der Bahnstrecke bei Strančice wurde die Leiche einer etwa 25jährigen Frau, die sich von einem von Rikan fahrenden Passzug überfahren ließ, aufgefunden. Man behauptet, daß es sich um eine Russin handelt.

Kleine Chronik.

Ein Alpenführer und Feld. Ein Hochgebirgsdrama, dessen Held der Alpenführer Bischof ist, ereignete sich vor wenigen Tagen bei einer Besteigung des Wändls, den eine Engländerin namens Coning unternahm. Bei dem Aufstieg fiel der Führer in eine Kletterfalle; die angeleitete Engländerin, die von dem Fall in den Schnee geworfen wurde, konnte mit Aufbietung aller ihrer Kräfte verhindern, daß sie von ihm nachgezogen wurde, aber sie war nicht stark genug, um den Führer aus der Spalte herauszuziehen, so daß er am Ende des Seils über einem unermesslichen Abgrund hängen blieb. Nachdem die beiden in der furchtbaren Lage eine Zeit lange vergebens auf Hilfe gewartet hatten, beschloß Bischof, sein Leben zu opfern, um das Seil durchzuschneiden. Mrs. Coning weigerte sich zunächst, auf seine dringenden Bittsprachen aber gehorchte sie und zerschchnitt das Seil. Das Seil hatte sich jedoch während der langen Zeit so tief in das Eis am Rande des Spalts eingeschnitten, daß es festgefroren war und den Führer weiter hielt. So konnte Mrs. Coning um Hilfe fortleiten und letztere nach drei Stunden mit Führer zurück, die Bischof glücklich aus der Spalte herauszogen.

Die zehnjährige als Heiratskandidat. Während bei uns beim männlichen Geschlecht das heiratfähige Alter auf 21 Jahre festgesetzt ist, können in anderen Ländern, wie wir einer Zusammenstellung in einer englischen Zeitschrift entnehmen, die Jünglinge schon früher in den Hosen der Ehe einlaufen. Vielfach ist der Bierzehnjährige bereits ein gesetzlich berechtigter Heiratskandidat. In Großbritannien ist das Alter, das bei einer Eheschließung erreicht sein muß, für Knaben auf 14, für Mädchen auf zwölf Jahre festgesetzt. Das dürfte bei der langsameren Entwicklung der nördlichen Rassen wohl etwas zu früh sein. In den südlichen Ländern ist die Heiratsaltergrenze in so jungem Alter schon eher berechtigt. In Portugal und Griechenland gelten

der vierzehnjährige Knabe und das zwölfjährige Mädchen für heiratfähig, ebenso in Spanien. Dagegen muß in Frankreich der Mann 18 Jahre sein und die Frau 16; das gleiche gilt für Belgien. In der Schweiz soll nach diesen Angaben das Heiratsalter des männlichen Geschlechts mit 14 und das der Mädchen zwölf Jahren festgelegt sein. Am entgegenkommendsten ist die Türkei. Hier kann jedes männliche und weibliche Wesen, das ordentlich gehen kann und genügend Verstand besitzt, um die religiösen Hochzeitsbräute zu verstehen, den Bund fürs Leben schließen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Die Reform der Handels- und Gewerbekammern.

Von Georg Stolz.

Die Handelskammern sind eine revolutionäre Errungenschaft des Bürgertums. Wievohl das Bürgertum im Revolutionsjahre 1848 nicht unmittelbar zur politischen Herrschaft gelangte, hatte es doch soviel Macht bewiesen, daß ihm auf wirtschaftlichem Gebiete bedeutende Zugeständnisse gemacht werden mußten. Ein wesentlicher Teil dieser Zugeständnisse waren die Handelskammern. Es war gleichfalls kein Zufall, daß das Muster aus Frankreich, Preußen und Bayern geholt wurde, wo das Bürgertum bereits früher angemessenen Einfluß erlangt hatte, um diese Einrichtung zu erwirken.

Die durch eine Verordnung vom 3. Oktober 1848 vom Ministerrat errichteten Kammern wurden unmittelbar dem Handelsminister unterstellt. Ursprünglich übten sie lediglich eine beratende Tätigkeit aus, es stand ihnen zu, Vorschläge zur Verbesserung der Handels- und Gewerbegesetzgebung, Anträge zur Förderung der Gewerbe und des Handels zu erstatten, bei Regelung des Zolltarifes, namentlich bei Abänderungen von Gesetzen in Handels- und Gewerbeangelegenheiten, bei den bezüglichen Gesetzen mitzuwirken. Auf Veranlassung des Ministers Brud wurde nach anderthalbjähriger Tätigkeit die Wirksamkeit der Handelskammern erweitert, indem sie mit öffentlich-rechtlichen Funktionen betraut wurden. Das Jahr 1868 brachte ihnen die gesetzliche Grundlage, die bis heute auch in diesem Staate Geltung hat.

Der angeordnete Ursprung der Handelskammern zeugt vom Wesen ihrer Zusammensetzung und von der Art ihres Vorgehens. Es war stets ihre Aufgabe, rücksichtslos die Interessen der Unternehmer gegenüber den Angestellten und den Verbrauchern zu vertreten. Wir könnten viele Proben aus den Gutachten der Handelskammern erbringen, aus denen ersichtlich ist, wie sie gegen das Interesse der Gesamtheit vorgehen, wie sie die Lage der Arbeiter, Angestellten und Verbraucher erschweren.

Allmählich tauchten viele Fragen auf, auf die sich die Rechtsbefugnis der Handelskammern zwar nicht erstreckte, an deren Regelung und Lösung jedoch die in der Kammer vertretenen Schichten das größte Interesse hatten. Die Gewerbetreibenden und Kleinhandwerker strebten in den Handelskammern eine entsprechende Vertretung an, gleichzeitig machten sich Bemühungen bemerkbar, selbständige Gewerbevereine, analog den reichsdeutschen Gewerbevereinen zu errichten. Noch in Oesterreich wurde die Reform der Handels- und Gewerbekammern erwogen, doch wurden keine Ergebnisse erzielt. Die Einrichtungen, wie sie im Jahre 1868 getroffen wurden, blieben unangetastet.

Der Umsturz, namentlich der Kampf gegen

die gebundene Wirtschaft rief wiederum die Bestrebungen nach der Reform der Handelskammern hervor.

Den Vertretern der Kammern handelt es sich jedoch keineswegs um eine durchgreifende Reform, durch die den Arbeitern, beziehungsweise den Verbrauchern eine paritätische Vertretung zufallen würde. Es handelt sich vielmehr um die Vertiefung der bisherigen Vorrechte. Sie zählen stolz die Erfolge, welche die Handelskammern als Beratungskörperschaften heimgebracht haben und fordern eine wirksamere Form dieser Befugnis. Sie erstreben eine gesetzliche Grundlage für den unmittelbaren Verkehr mit den gesetzgebenden Körperschaften, um bei der Lösung wirtschaftlicher und sozialer Fragen ihren vollen Einfluß geltend zu machen. Wenn nicht ein Gegenwärtiger durch die mit gleichen Befugnissen ausgestatteten Arbeiter- und Angestelltenkammern geschaffen wird, so werden die Unternehmer in vermehrtem Maße einen unverhältnismäßig erhöhten Einfluß auf die Gestaltung der sozialen und wirtschaftlichen Gesetzgebung ausüben, als ihnen zukommt. Wir müssen anerkennen, daß mit der Erfüllung dieser Forderung das Interesse der Handels- und Gewerbekammern eine wesentliche Förderung erfahren würde, denn sie würden damit zu einem Bestandteil der Legislative. Der Stärke ihres Apparates bewußt, befürchten sie nicht einmal die Tätigkeit der erwählten Körperschaften, da sie die Ueberzeugung hegen, daß die Qualität ihrer Arbeit auch den erforderlichen Einfluß bei der endgültigen Entscheidung sichern werde.

Die Bemühungen der Unternehmer, in den Handelskammern Angestelltenfunktionen zu errichten, um auch in ihrem Namen auftreten zu können, haben aufgehört angesichts der Forderung der Angestellten in Deutschland nach paritätischer Vertretung. Die Bestrebungen der Genossenschaften, die Konsumentenvereine den Handelskammern anzugliedern, sind durch den Gesetzentwurf selbständiger Konsumentenvereine gegenstandslos geworden. Der springende Punkt der zu erwartenden Reform der Handelskammern ist die Regelung des Wahlrechtes, von dessen Ausmaß die Richtung und der Inhalt der weiteren Tätigkeit abhängt. Das bisher geltende, auf dem Zensus aufgebaute Wahlrecht sprach der Industrie und dem Großhandel eine bedeutendere Vertretung zu als den übrigen Gruppen. Darüber herrscht wohl kein Zweifel, daß die Befürchtung vor der Majorisierung der bevorzugten Mitglieder die Hinausschiebung der Handelskammerreform bewirkt.

Zufolge dem reformierten Wahlrecht werden alle Personen und Betriebe wahlberechtigt sein, die der Erwerbsteuer unterliegen ohne Rücksicht auf die Höhe der Steuer, soweit sich ihre Tätigkeit auf den Handel, die Industrie oder das Gewerbe erstreckt. Diese Regelung des Wahlrechtes erweitert neben den bestehenden Handels- und Gewerbevereinen, die Einrichtung einer dritten Fachgruppe — der Industriefraktion. Es kann vorausgesetzt werden, daß infolge der Gliederung die Fraktionen autonom werden würden, wie es durch die Reform der Handelskammern in Deutschösterreich geschah. Zu diesen administrativen Reformen gesellt sich weiterhin noch die Frage der Errichtung der sechsten böhmischen Handelskammer in Königgrätz für Ostböhmen und der Regelung der Wirkungsgebiete einzelner Kammern. Namentlich handelt es sich um die Abtrennung eines Teiles des Gebietes der Reichsberger Kammer und seine Angliederung an die Kammer in Königgrätz, ferner um die Abgrenzung des Gebietes der Prager Handelskammer, was den natürlichen Umständen und den

geschöpften Erfahrungen entspricht. Ebenso soll eine Handelskammer in Ungvár für Karpathenrußland errichtet werden.

Mit der angeordneten Reform der Handelskammern ist eng verknüpft die Frage der Errichtung der Zentralstelle der Handelskammern. Mit der Bildung der Zentrale der Handelskammern würde sich die Tätigkeit der Handelskammern konzentrieren, die Form der Stellungnahme und das Vorgehen würden sich vereinheitlichen, was für die Kammern einen wesentlichen Gewinn bedeuten würde. Die Reform der Handelskammern ist notwendig und heilsam. Die Wahlordnung ist veraltet, einzelne Bezirke hängen wirtschaftlich mit dem Sitz der Kammer nicht mehr zusammen, sie müssen abgetrennt und einer anderen Kammer zugeteilt werden.

Um die Folgen des Krieges durch die Belebung der Industrie und des Verkehrs zu überwinden, bedarf es auch einer gründlichen Umbildung der Institution der Handelskammern. Zweifellos werden sie nach durchgeführter Reform alle ihnen auferlegten Aufgaben erfüllen, doch dürfen wir nicht vergessen, daß sie neben ihrer sachlichen Tätigkeit einen nachhaltenden Einfluß auf die sozialpolitischen Fragen ausüben, dabei ist festzuhalten, daß zur Lösung dieser Fragen weder ihre Kompetenz noch ihre Uebersicht ausreichen. Wir streben deshalb zugleich mit der Reform der Handelskammern die Errichtung der Arbeiter- und Angestelltenkammern, beziehungsweise der Konsumentenvereine an. Damit kommt den Arbeitern und Angestellten zum erstenmal die unmittelbare, wirtschaftlich-soziale Interessvertretung zu.

Das neue Handlungsgehilfengesetz vor dem Wirtschaftsbeirat.

Wie bereits in unserer gestrigen Ausgabe kurz berichtet wurde, stand am 25. d. M. die vom Justizministerium ausgearbeitete Vorlage zum neuen Handlungsgehilfengesetz in einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Innere und Industrie und des sozialpolitischen Ausschusses des Wirtschaftsbeirates zur Verhandlung. Es handelt sich um eine vielumkämpfte Gesetzesvorlage, der von allen Anfang an das Odium anhaftet, daß sie nicht vom Ministerium für soziale Fürsorge, sondern, trotzdem es sich um ein sozialpolitisches Gesetz handelt, vom Justizministerium ausgearbeitet wurde. So berechtigt dieser Einwand ist, so muß doch die Tendenz des Gesetzes, ein einheitliches Angestelltenrecht zu schaffen, anerkannt werden. Doch rächt es sich schon hier, daß bei den Vorarbeiten nicht die beteiligten Körperschaften gehört wurden, zumal auch Angestelltenvereine, wie die landwirtschaftlichen Angestellten, in das Gesetz einbezogen werden sollen, für die bereits günstiger Bestimmungen bestehen, wodurch den Unternehmern die erwünschte Gelegenheit geboten ist, unter dem Vorwande der Interessenwahrung der landwirtschaftlichen Angestellten gegen das ganze Gesetz Stellung zu nehmen. In richtiger Beurteilung der Sachlage haben sich denn auch die freigeberischen Angestelltenorganisationen einvernehmlich mit den landwirtschaftlichen Angestellten selbst — gegen die Aufnahme dieser Gruppe ausgesprochen. Dagegen begehnet die Ausdehnung des Umfanges des Gesetzes auf die Bergbauangestellten keinem Einwande, sofern deren derzeit gesetzlich festgelegten Rechte keine Schwächung erfahren.

Bedenken erregt hingegen bei den freigeberischen Angestelltenorganisationen die offensichtliche Tendenz des Entwurfes, außer den eigentlichen Handlungsgehilfen, das sind die vorwiegend zu kaufmännischen Dingen verwendeten Personen, nur noch höhere, nicht kaufmännische Dienste leistende Personen in das Gesetz einzubeziehen. Die Textierung der §§ 1 und 2, welche den Umfang des Gesetzes behandeln, erscheinen unklar und der § 5 des Entwur-

Vater Goriot.

Von Honoré de Balzac.

Frau Bauquer hatte mit ihren Elsteraugen einige Eintragungen im Hauptbuch entdeckt, die bei flüchtigem Ueberfliegen dem guten Goriot ein Einkommen von acht bis zehntausend Franken sicherten. Von jenem Augenblick näherte Frau Bauquer aus Conflans, die damals achtundvierzig Jahre alt war, aber nur neununddreißig zugab, stille Hoffnungen. Obgleich Goriot's Augen geschwollen waren und ständig tränten, fand sie, daß er gut aussehe und durchaus repräsentabel sei. Uebrigens verrietten seine runden fleischigen Waden so gut wie seine lange vierströige Nase sittliche Qualitäten, auf die die Witwe Wert legte, und sein einfältiges Vollmondgesicht bekräftigte diesen Eindruck. Das war ein gut gebautes Tier, bereit, seinen ganzen Verstand in Gefühl ranzusetzen. Sein taubengraues Haar, das der Friseur aus dem Polytechnikum täglich puderte, fiel in fünf Spitzen auf seine würdige Stirn und stand gut zu seinem Gesicht. Wenn er auch etwas bäuerlich wirkte, so war er in seinem Anzuge gepflegt und schnupfte seinen Tabak mit der selbstverständlichen Sicherheit eines Mannes, der auf eine stets wohlgefüllte Dose mit Makubatabal rechnete. Frau Bauquer ging am Abend zu Bett und brannte wie ein Rebhuhn in seinem Fett vor Verlangen, das Leichenbuch Bauquer abzuschütteln, um als Goriot wieder zu erstehen. Sie wieder verheiratet, die Pension verkaufen, am Arme dieses Mannes wieder in die bürgerliche Welt zurückzuführen, eine bekannte Dame in ihrem Stadviertel sein, für Arme Almosen sammeln, am Sonntag Ausflüge nach Choisy, Soissy oder Gentilly machen, ins Theater auf ihren Logenplatz gehen, so oft sie Lust hatte, ohne auf die Freibillets zu lauern, die ihr einige Pensionäre im Juli stifteten, das ganze Eldorado Pariser Kleinbürger-

tums zog an ihr vorbei. Niemand wußte, daß sie vierzigtausend Franken besaß, die Sou für Sou zusammengespart waren. So hielt sie sich ihrem Vermögen nach für eine begehrenswerte Partie. Im übrigen kam ihr es ruhig mit ihm auskommen, sagte sie sich und drehte sich in ihrem Bett herum um sich gewissermaßen ihrer Reize zu vergewissern, deren Abdruck die dicke Sylvia jeden Morgen in den Rissen fand. Von diesem Tage an vertraute sich die Witwe Bauquer während dreier Monate den geschickten Händen von Goriot's Friseur an, sie ließ etwas für ihre Garderobe springen und suchte diese Ausgabe vor sich selbst durch die Notwendigkeit zu rechtfertigen, ihrem Hause ein gewisses Dekorament zu verleihen, um es mit den Standespersonen, die bei ihr verkehrten, in Einklang zu bringen. Sie intrigierte eifrig, um mit ihren Pensionären zu wechseln, und erklärte, daß sie von jetzt ab nur wirklich erstklassige Menschen aus guter Gesellschaft bei sich aufnehmen würde. Wenn ein Fremder bei ihr auftauchte, so unterstrich sie gesittet, daß Herr Goriot, einer der bekanntesten und angesehensten Pariser Kaufleute, ihre Pension vor allen anderen gewählt hätte. Sie ließ Prospekte verteilen mit dem groß gedruckten Kopf: „Haus Bauquer“. „Es ist“, so konnte man lesen, „eine der bekanntesten bürgerlichen Pensionen der Gegend, mit sehr schönem Ausblick ins Tal (man sah es aus der dritten Etage), einem hübschen Garten, an dessen Ende sich eine Lindenallee erstreckt.“ Gute Luft und Einsamkeit wurde gerühmt. Dieser Prospekt trug ihr die Gräfin de l'Ambermesnil ein, eine Frau von sechsunddreißig Jahren, die die Regelung einer Pension abwartete, die ihr als Generalwitwe zustand, da ihr Gatte auf den Feldern der Ehre gefallen war. Frau Bauquer achtele auf das Menu, steckte während voller sechs Monate den Kamin im Salon an und hielt die Versprechungen des Prospektes so teuer ein, daß sie reichlich zugab. Daher versprach auch die Gräfin Frau Bauquer, die sie „liebe Freundin“ nannte, daß sie zwei ihrer Freundinnen, die Baronin Baumer-

land und eine Oberstentwite, die Gräfin Viequois-sau, die in einer kleineren Pension lebten, veranlassen würde, ins Haus Bauquer zu ziehen. Die Verhältnisse der beiden Damen würden sich übrigens sehr günstig gestalten, sobald das Kriegsministerium die Pensionsfrage geregelt haben werde. „Aber diese Büros kommen nie zu einem Ende!“ Nach Tisch zogen sich die beiden Witwen in Frau Bauquers Privatstube zurück, sie plauderten bei einem Gläschen Liqueur und verzehrten die Lederbissen, die allein für die Hausfrau bestimmt waren. Frau von Ambermesnil billigte Frau Bauquers Ansichten über Goriot, die sie vom ersten Tage an durchschaut hatte, durchaus. Es war ein ganz ausgezeichneter Mensch.

„Ach, meine Liebe, er ist gesund wie mein Augen“, sagte die Witwe, „ein vorzüglich konserverter Mann, der einer Frau noch viel Freunden bereiten kann.“

Grünmütig machte die Gräfin Frau Bauquer Vorstellungen über ihre Toilette, die mit ihren Dornen nicht im Einklang war. Sie mußten da an Kanariengewächsen sein, sagte sie. Nach vielen Berechnungen gingen beide Wiewen zusammen ins Palais Royal und erstanden dort einen Federhut und eine Haube. Die Gräfin schlachte ihre Freundin in den Laden zur Petite Jeannette, wo sie ein Kleid und einen Langschal wählten. Als die Witwe ausstapferte und alles Pulver verschossen war, gleich sie auf's Haar dem Anhängsel zum „Beauf a la mode“. Sie fand sich jedoch so sehr zu ihrem Vorteil verändert, daß sie sich der Gräfin verpflichtet fühlte; obgleich sie von Natur keineswegs freigebig war, bat sie sie, einen Gut im Wert von zwanzig Franken anzunehmen. Sie hatte allerdings die Absicht, sie zu bitten, Goriot anzusprechen und ihre Vorzüge bei ihm herauszuströmen. Frau von Ambermesnil ging mit der größten Bereitwilligkeit auf diese Abficht ein, sie umgarnte den alten Fadennudelfabrikanten, und es gelang ihr, ihn zu einer Unterredung unter vier Augen zu pressen; aber als er bei den Verlobun-

gen, die ihr der Wunsch eingab, ihn für sich selbst zu gewinnen, schüchtern, ja verstockt war, verließ sie ihn, empört über seine Ungeklärtheit.

„Mein Engel“, sagte sie zu ihrer Freundin, „bei dem Mann erreichen Sie nichts! Er ist in geradezu grotesker Weise mißtrauisch; das ist ein Pfennigsucher, ein Viech, ein Narr, mit dem Sie nur Unannehmlichkeiten erleben werden.“

Frau von Ambermesnil wollte Goriot nach dieser Unterredung nicht mehr begegnen. Am nächsten Tag verließ sie das Haus und vergaß, ihre Pension für sechs Monate zu bezahlen, sie ließ einen Beleg zurück, der auf fünf Franken geschätzt wurde. Frau Bauquer konnte trotz peinlichster Nachforschungen die Gräfin Ambermesnil in Paris nicht ausfindig machen. Häufig sprach sie von diesem höchst unglücklichen Ereignis und klagte über ihre zu große Vertrauensseligkeit, trotzdem sie mißtrauischer war, als eine Mähe; aber sie gleich jenen Menschen, die ihrer nächsten Umgebung mißtrauen und sich dem ersten blind anschließern. Der Grund für dieses seltsame Vorgehen wurzelt tief im Menschen. Vielleicht ahnen gewisse Menschen, daß sie bei jenen, mit denen sie zusammen leben, nichts mehr gewinnen können; wenn sie ihnen die gähnende Leere ihrer Seelen verraten haben, so fühlen sie sich insgeheim mit verdienter Strenge beurteilt; aber da sie eine unüberwindliche Sehnsucht nach Schmeicheleien haben oder vom Verlangen verzehrt werden, Eigenschaften vorzuläuschen, die ihnen fehlen, so hoffen sie die Achtung oder Liebe Fremder zu erlangen, selbst auf die Gefahr hin, sie eines Tages wieder einzubüßen. Es gibt viele Naturen, die ihren Freunden oder Verwandten nichts Gutes tun, weil dies das natürliche Gebot wäre; während es ihr Selbstbewußtsein stärkt, Fremden einen Dienst zu erweisen; die Menschen, die ihnen am nächsten stehen, quälen sie am meisten, gegen Fremde sind sie dienstbefähigt. Frau Bauquer hatte etwas von diesen klebrigen, falschen, widerwärtigen Naturen.

(Fortsetzung folgt.)

fest, welcher der Regierung das Recht gibt, nach Anhörung der Organisationen und Korporationen bestimmte Interessengruppen im Verordnungswege aus dem Gesetze auszufordern, läßt befürchten, daß wohl ein einseitiges Anstellengesetz geschaffen werden soll, das jedoch auf der anderen Seite nur auf einige wenige bevorzugte Standesgruppen Anwendung finden würde. Es würde dies eine eminente Gefahr für hunderte tausende Angestelltenrisiken, die heute bereits die Anerkennung als Angestellte genießen, bedeuten. Diesen Bestimmungen gilt vor allem die Gegnerschaft der freigeberischen Angestelltenorganisationen, die trotz an der Verbesserung des Entwurfes mitzuarbeiten gewillt sind.

Dem gegenüber stellen sich die Unternehmerorganisationen auf einen rein ablehnenden Standpunkt und weisen die Vorlage in Busch und Bogen zurück. Der Generalrat der Unternehmer, Barta, der als gemeinsamer Referent der beiden beteiligten Ausschüsse den Standpunkt der Arbeitgeber darlegte, bewies wieder einmal der Welt, wie engstirnig, rückwärtlich unter Unternehmertum ist und wie verständnislos es jedweder sozialpolitischen Neuerung gegenübersteht. Das Elaborat des Unternehmertums, zu dessen Verlesung sich Herr Barta hergab, war ein Musterstück an Angestelltenfeindschaft und es wäre nur zu wünschen, daß jene Angestellten, die gedankenlos den kapitalistischen Parteien nachlaufen, gestern den Sprecher der Unternehmer gehört hätten — es wäre ihnen dann die tiefe Kluft zwischen Unternehmer- und Angestellteninteressen zum klaren Bewußtsein gelangt.

Es besteht, meinen die Unternehmer, noch keine Notwendigkeit, das vor 13 Jahren geschaffene Gesetz zu reformieren! Als ob die Zahl der Jahre und nicht die tiefe Wandlung der ökonomischen Verhältnisse der Angestellten im Wirtschaftskampfe die Reformbedürftigkeit eines Gesetzes bedingen würden! Und daß die Unternehmer gegen diese Vorlage gerade im jetzigen Zeitpunkt sind, wird niemanden wundern, der da weiß, daß es noch keine sozialpolitischen Fortschritt gegeben hat, gegen den die Unternehmer nicht „gerade im jetzigen Zeitpunkt“ Front gemacht hätten. Herr Barta bekämpfte die gefechtsche Festlegung der Jahresremunerationen, wandte sich gegen den Schutz der schwächeren Frauen, den Schutz der kranken Angestellten, in welchem er eine „Prämie fürs Nichtarbeiten“ sieht, jammerte über die „Wirtschaft“ bei den Bezirkskrankenkassen, forderte Urlaube von drei Wochen Höchstbauer, bekämpfte den Angestelltenklub im Mobilisierungsfalle als derzeit nicht zeitgemäß, forderte die Verlängerung der Konkurrenzklause von einem Jahre auf drei Jahre, lehnte die dreimonatliche Kündigungsfrist ab und schloß seine Vorlesung mit der Versicherung des tiefen sozialpolitischen Verständnisses der Unternehmer für die Angestellten, an dem nach diesen wenigen Proben wohl niemand zweifeln wird.

Nach ihm sprach der Sekretär des tschechischen bürgerlichen Privatbeamtenverbandes Houbel, fälschlich bekannt durch seinen unentwegten Kampf gegen die Einheitskrankenkasse, der tüchtige Sekundant der Unternehmer im Kampfe gegen die Bezirkskrankenkasse. Jeder Zoll an ihm war Dypostol, Entrüstung gegen die Unternehmer und mit Emphase proklamierte er die Forderungen der Privatbeamten. Und dem Theaterdonner folgte dann zum Schluß der Wunsch nach einem — Kompromiß! So „kämpfen“ die bürgerlichen Angestelltenorganisationen für die Angestelltenforderungen; werfen die Blüte ins Korn, bevor sie noch geladen haben.

Für die freigeberischen tschechischen Angestelltenorganisationen sprach Genosse Pacovsky, der in sachlicher Weise an den Bestimmungen der Vorlage Kritik übte und die Forderungen der Angestellten präziserte. Nach ihm sprach Bergmann vom Allg. Industrieangestellten-Verbande, Reichenberg, der besonders für die Präzisierung der §§ 1 und 2 der Vorlage im Interesse der Industrieangestellten eintrat und Genosse Friedmann vom Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr in Teplitz, der die Anschauung an das österreichische Angstellengesetz und die konservative Anfänglichkeit sowohl der Betriebe wie aller vom Gesetze einbezogenen Angestelltenorganisationen und die Befreiung des § 5 der Vorlage forderte.

Herr Fabel, Pilsen, der für die Unternehmer sprach, sah geradezu Parzebäume an Arbeiter- und Angestelltenfeindschaft und forderte, um den Angestelltenklub in der Tschechoslowakei zu hinterziehen, internationalen Angestelltenklub; sonst schimpfte er noch über die Simulanten und Krankenkassen. Ihm antwortete kurz aber treffend Genosse Dr. Freund vom Verband der Bankbeamten. Für die Vorlage sprachen noch Bily von der C. D. V. Abgeordneter Curt, Dr. Zadina und Kailer-Rachow. Gegen die Vorlage Dr. Klumpar. Zur weiteren Behandlung der Vorlage wurde ein Ausschuss eingesetzt, in den für die Arbeitnehmer Pacovsky, Houbel, Bergmann und Abgeordneter Curt gewählt wurden.

**Ertragnis der Umsatz- und Luxussteuer.** Nach Angaben des „Handelsanzeiger“ betrug das Ertragnis der Umsatz- und Luxussteuer im Jahre 1920 449 Millionen, im Jahre 1921 1.312.000.000 und im Jahre 1922 1.612.000.000 Ks.

**Streik der städtischen Angestellten in Zemberg.** Aus Zemberg, den 25. September wird gemeldet: Gestern traten hier die Angestellten der städtischen Unternehmungen u. zw. der Gas- und Elektrizitätswerte, der Wasserleitung und der Stadtreinigung in den Ausstand. Die Ursache des Ausstandes ist in der Entlassung des Vorsitzenden der Fachorganisation der städtischen Angestellten aus dem Dienste zu suchen.

**Die Petroleumproduktion in Baku.** Im vergangenen Jahre wurden, einer Sowjetnachricht zufolge, in Baku an 340 Millionen Rubel Naphtha gefördert, im heurigen Jahre bereits etwa 400 Millionen. Man erwartet, daß im Jahre 1925 die Förderung den Vorkriegsstand erreichen wird.

**Die Arbeitslosigkeit in England steigt wieder.** Nach dem letzten statistischen Ausweise des Arbeitsministeriums sind in der letzten Woche 4000 Arbeitslose zugewachsen. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen Großbritanniens beträgt nunmehr 1.227.000, gegen den 1. Januar d. J. beträgt der Rückgang 258.000.

**Aussperrung in Kiel.** Die Arbeiterschaft der Howald Werke, die wegen Entlassung einiger Arbeiter die Arbeit niedergelassen hatte, wurde von der Direktion der Werke ausgeperrt. Von der Aussperrung sind 2700 Arbeiter, d. i. fast die ganze Belegschaft betroffen.

**Devilenturfe.**

**Die tschechische Krone notiert in:**  
 Paris . . . . . Schw. Kran 16.8270  
 Berlin . . . . . Mark 3.763.000'00  
 Wien . . . . . österr. Kr. 2132'00

**Prager Kurze am 26. September.**

	Gold	Ware
100 holl. Gulden . . .	1357 00	1361 00
1 Million Mark . . .	0.287	0.287
100 belg. Franks . . .	185.2	168.75
100 schweiz. Frank . .	619.75	613.25
1 Pfund Sterling . . .	154.50 00	156.00 00
100 Lire . . . . .	157.25 00	158.75 00
1 Dollar . . . . .	4.00 00	34.40 00
100 rman. Franks . . .	21.25 00	215.75 00
100 Dinar . . . . .	40.50 00	41.00 00
10.000 ungar. Kronen . .	17.15 00	19.15 00
10.000 poln. Mark . . .	1.01 75	1.03 25
10.000 österr. Kronen . .	4.58 00	5.08 00

**Zürcher Schlusskurze am 26. Sept.**

	Gold	Ware
Paris . . . . .	35.10 00	35.30 00
London . . . . .	25.49 00	25.54 00
Berlin . . . . .	0.035	0.037
Mailand . . . . .	25.60 00	25.70 00
Holland . . . . .	219.50 00	220.50 00
Wien . . . . .	0.00.78 75	0.00.79 25
Budapest . . . . .	0.02 90	0.03 00
Braun . . . . .	16.77 50	16.87 50
New York . . . . .	5.58 50	5.80 00
Belgrad . . . . .	6.45 00	6.55 00
Warschau . . . . .	0.00.00 00	0.00.00 00

**Erziehungs- und Bildungsarbeit.**

**Erzieherkurs in Klebheim.**

Der Befreiungskampf der österreichischen Arbeiterklasse machte auch die Erziehung der Arbeiterkinder zur Notwendigkeit, zu einem beachtenswerten Teile des Kampfes selbst. Die Schul- und Kinderfreundebewegung ist der Ausdruck hierfür. Es ist keineswegs eine leichte Arbeit, viel Können und starkes Wollen ist dazu notwendig. Gewachsene Menschen, die imstande sind, erfolgreich sozialistische Arbeit zu leisten und den starken Gegner, die bürgerlich-kapitalistischen Erzieher aller Schattierungen, wirksam zu verdrängen, müssen geschult und mit den Kenntnissen sozialistischer Erziehung vertraut gemacht werden. Diesem Zwecke dienen, neben der Schönbrunner Erziehungsschule, Kurse, die alljährlich stattfinden. Vor kurzem fand im Schlosse Klebheim bei Salzburg ein solcher Kurs statt. 30 Teilnehmer, darunter vier aus der Tschechoslowakei, zwei aus Holland und einer aus Deutschland, fanden sich für die Dauer von 14 Tagen zu erster Arbeit zusammen. Drei Hauptgegenstände wurden von tüchtigen Lehrern behandelt und weitere zwei Lehrkräfte vermittelten Erfahrungen, die Zeugnis von der Mannigfaltigkeit und Schwierigkeit sozialistischer Kindererziehung ablegten. Genosse Dr. Neubauer führte die Kursteilnehmer in einem wichtigen Teil der Naturwissenschaft, in die Botanik, ein. In den Waldungen, auf den Wiesen um und in Klebheim waren die Teilnehmer in Gruppen beisammen, bestimmten Pflanzen und empfangen Anweisungen, die sie bei Wanderungen mit Kindern verwerten können. Eine Exkursion in die nach modernstem System eingerichtete Zellulosefabrik in Hallein ermöglichte, die wirtschaftliche Seite dieses Teils der Naturwissenschaft kennen zu lernen. Eine weitere Exkursion in das Halleiner Salzbergwerk, ein Ausflug nach Hellerau und die Besuche des dortigen Aquariums, des in seiner Art schätzenswerten Vogelmuseums und des Museums der Höhlen des Salzammergutes dienten der Erweiterung naturwissenschaftlicher Kenntnisse. Genosse Dr. Adler machte die Teilnehmer mit den Ergebnissen individualpsychologischer Forschungen auf dem Gebiete der Kindererziehung bekannt. Seine interessanten Ausführungen ermöglichten einen tiefen Einblick in das Eigenleben des Kindes; diese Kenntnisse werden wichtige Behelfe sozialistischer Erziehungsarbeit bilden. Genosse Dr. Stern löste die Aufgaben des Bücher- und Bibliothekwesens in anregender und trefflicher Weise. Dieses Gebiet gehört wohl zu jenen, denen die Arbeiterkinder im allgemeinen und die Kindererzieher im besonderen die größte Aufmerksamkeit schenken sollen. Den Kindern die bestgeeignete Literatur zu vermitteln, bildet einen wichtigen Teil sozialistischer Pädagogik. Die bestehende Jugendliteratur vom sozialistischen Standpunkte aus zu überprüfen und entsprechende Kinderbibliotheken nach solchen Gesichtspunkten zu schaffen, würde den Ausführungen des Genossen Dr. Stern entsprechen. Genossen Dr. Kaniy gelang es sowohl durch die Besprechung einzelner Gebiete sozialistischer Erziehung als auch durch praktische Arbeit mit den Kindern von Salzburg und dessen Umgebung neue Anregungen zu geben. Die Genossin Heller-Kuhe leitete die Fortarbeiten — Zeichnen, Papparbeiten und Modellieren —, die die Teilnehmer des Kurses verrichteten. Bei diesen Arbeiten zeigte sich das Zusammenwirken von Exkursion und Fortarbeit als vorteilhaft. Eine Reihe von Zeichnungen und Modellen, Widergaben der Exkursionsergebnisse, bewiesen dies deutlich.

**Kunst und Wissen.**

Michael Bohnen Gajspiel. Am Neuen Deutschen Theater wurde gestern abends Puccini's „Tosca“ bei vollem Hause aufgeführt. Michael Bohnen, der sich in zwei Veltreilen den Namen eines Königs der Partione erlangt hat und den das hiesige Publikum schon als Scarpa im fischigen — man möchte sagen — Kinstück Toscaus kennen gelernt hat, zu dem Puccini seine bald südländische, bald aufreizende Musik geschrieben hat — Bohnen zeigt auch hier wieder seine hohe Gesangs- und Darstellungskunst. Eine innigere Harmonie zwischen Sang und Spiel ist schlechterdings undenkbar. Man braucht Bohnen nur singen hören, ohne ein Wort zu verstehen und ohne ihn zu sehen und man würde schauernd die teuflische Lust, die Rachgier und die Dämonie seines inneren Erlebens und des äußeren Geschehens erfassen; und Bohnen brauchte wiederum nicht zu sprechen und nicht zu singen und seine Mimik, das Spiel seiner Hände und seines ganzen Körpers würde voll erkennen lassen, was er gestaltet, und würde zum Miterleben zwingen. Was menschlich ist — bis zur unheimlichen Abscheulichkeit des Schuftes Scarpa, bringt Bohnen restlos zum Ausdruck. Der starke Beifall, den das Publikum spendete, galt auch wohl vor allem ihm. Die übrigen Darsteller überschritten durchwegs nicht das Mittelmaß. Herr Racha kann sich natürlich nach dem Cavaradossi eines Mario Chamlee nur schwer behaupten und auch die letzte Tosca übertrugte die Leistung der Frau Maria Pussa um Hauptlänge. Der Kapellmeister Stetel, der am Pult saß, entledigte sich seiner Aufgabe zufriedenstellend. —

**Neues Theater.** Heute, den 27.: Erstes Konzert der Don-Rosaken; Freitag, den 28., nachmittags: „Die schöne Rama“, abends: „Der Rosenkavalier“; Samstag, den 29.: Zweites Konzert der Don-Rosaken; Sonntag, den 30., nachmittags und abends: „Die Siegerin“.

**Aus der Partei.**

**Bezirkskonferenz Bensen.** Sonntag, den 30. September findet um 9 Uhr vormittags im Gasthaus Storch in Bensen-Reuland eine außerordentliche Bezirkskonferenz statt. Auf der Tagesordnung steht: Der Ausgang der Gemeindevahlen und unsere Organisation.

**Gemeindevorteilungskonferenzen** mit der Tagesordnung: Die Aufgaben der Sozialdemokraten in der Gemeinde und „Gemeindepolitik und Organisation“ finden am Sonntag, den 30. September statt: In Reichenberg: um 2 Uhr nachmittags in der

**Wetterberichte**

der Staatsanstalt für Meteorologie in Prag.

Ort	Luftdruck	Temperatur	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Wolken	Temperatur
Prag	765	9	SSW	1/2	bed.	1/2	12
Brünn	768	8	W	1/2	bed.	0	17
Hellbrunn (Salz)	754	8	O	1/2	bed.	0	8
Stromovna (Debriz)	754	10	—	—	bed.	1/3	12
Balencia (Irland)	763	13	S	1/2	bed.	3	13
London	763	13	W	1/2	bed.	—	—
Århus (Norwegen)	755	11	SO	1/2	Regen	25	17
Stockholm	763	10	O	1/2	Regen	1/2	14
Hamburg	759	12	SSW	1/2	Regen	1	14
Warschau	764	12	WSW	1/2	bed.	1/2	17
Paris	766	12	W	1/2	bed.	1/2	21
Berlin	768	12	SW	1/2	bed.	1/2	19
Wien	766	7	—	—	bed.	1/2	16
Belgrad	764	10	—	—	bed.	0	—
Bukarest	—	—	—	—	—	—	—
Paris (Frankl.)	—	—	—	—	—	—	—
Florenz	—	—	—	—	—	—	—
Athen	761	22	—	—	bed.	0	—

Höhenstationen (Luftdruck nicht reduziert):

Donnersberg 840 m	699	7	WSW	1/2	bed.	0	12
Schneealpe 1610 m	629	4	SW	1/2	bed.	0	4
Jungbühel 2960 m	534	-2	NW	1/2	bed.	0	—

**Städtisches Elektrizitätswerk Schönbach.**

Anschluß an die Überlandzentrale Unter-Reichenau.

**Offert-Ausschreibung**

für die Hochspannungsleitung Littengrün-Schönbach 22.000 Volt. 3x25 qumm Kupfer und 25 qumm Eisen verlegt auf D- und A-Masten mit Spannweiten von 60 bis 90 m.

Die Stadtgemeinde vergibt im Wege des öffentlichen Offertverfahrens den Bau der Hochspannungsleitung Littengrün-Schönbach auf Grund des auf dem Stadtgemeinbeamt in Schönbach zur Einsicht ausliegenden Trassierungsplanes dieser Leitung. Die Offertstellung hat unter folgenden Bedingungen zu erfolgen: Die Offertierung ist vollkommen kostenlos und trägt die Stadt keine wie immer gearteten Auslagen für die Ausarbeitung der Offerten, eventuelle Pläne, Reisen der Vertreter usw. Die Offerten haben sich genau an die Ausschreibung zu halten, insbesondere alle Einheitspreise und Entsummen anzugeben, was insbesondere bei Benützung eigener Zusammenstellungen und Ausweise zu beachten ist. Vorschläge oder Änderungen der Pläne sind alternativ anzugeben und entsprechend zu begründen. Auf Offerten, in denen nicht alle Einheitspreise eingelegt sind, wird überhaupt keine Rücksicht genommen. Den Offerten sind Zeichnungen bezw. Skizzen der Mastkonstruktionen, Armaturen, sowie des Masthalters beizufügen. Der Termin der betriebsfertigen Herstellung der Leitung ist verbindlich und separat anzugeben.

Die Offerten sind bis 5. Oktober beim Bürgermeisteramt in Schönbach (Bez. Eger) einzulegen. Auf später einlangende Angebote wird keine Rücksicht genommen. Die Vergabe erfolgt nach den Vergabebedingungen, welche sich an die Vergabebedingungen des Landesverwaltungsamtes anlehnen, die am Bürgermeisteramt in Schönbach zur Einsicht auflegen. Bevorzugt werden jene Offerten, welche sich verpflichten, mindestens 30 Prozent der Vergabesumme in Kommunal-schuldverschreibungen 4 1/2 Prozent der Landesbank als Zahlung zu übernehmen. Die Stadtgemeinde behält sich außerdem bei der Vergabe ohne Rücksicht auf die Entsummen der einzelnen Offerten freie Hand vor. Auch ist die Stadtgemeinde berechtigt, wenn dies der Termin der Fertigstellung der Leitung erfordert, die Fertelung in zwei Bauweisen zu vergeben. Ausweis nebst Beschreibungen sind gegen Erleg von 20 Ks beim Bürgermeisteramt erhältlich. Schönbach, am 22. September 1923. Der Bürgermeister: Benzl Kreuzinger. (Nachdruck wird nicht honoriert.)

**Turnen und Sport.**

**Prager Fußball.** Freitag (Wenzelstag): Rapid Wien gegen AC Sparta. — Meisterschaft: Victoria Zizkow gegen Slavia, in Kolin: K. Kolin gegen C. K. — D. K. gegen K. K. — Sonntag: Meisterschaft 1. Klasse: Slavia gegen Meteor Bimohrad, Bkovic gegen Slavoj VIII Nachtragsspiel 45 Minuten, Union Zizkow gegen Kufelitz S. K. — D. K. Prag spielt Sonntag gegen D. S. Troppau in Troppau (Meisterschaftsspiel).

**Der Sieger im Gordon-Bennet-Flug.** Nach den bisherigen Ergebnissen wird wahrscheinlich der Belgier Demuyter den Gordon-Bennet-Pokal erringen, denn sein Ballon hat eine 1150 Kilometer lange Strecke durchflogen. Es fehlt nur noch die Meldung über den Flug eines Ballons.

**Mitteilungen aus dem Publikum.**

**Glühlampen.** Nicht ein glühender Metalldraht, sondern ein Edelgas, verdichtetes Neon, ist der Lichterzeuger der Oram-Glühlampe. Die metallenen Elektroden, die bei der einfachen Glühlampe die Form von abgerundeten Köpfen haben, bei den Oram-Beleuchtungsanlagen in Buchstaben- und Ziffernform geschlossen sind, bringen die unmittelbar bei ihnen liegenden Gas-schichten zum Leuchten, so daß ein rötlich schimmerndes, mildes und blendungsfreies Licht entsteht. Dieses Glühlicht, das infolge des geringen Stromverbrauches der Oram-Glühlampe sehr billig ist, genügt vollen Lichtbedürfnissen und ist die gegebene Nachbeleuchtung für Schlafzimmer, das beste Dauerlicht für Korridore, Borterrassen, Fernsprechanlagen und Stellungen. Große praktische Bedeutung hat es als optisches Signal, als Warn- und Aufzeichen. In der glühenderförmigen Oram-schriftglühlampe wird die leuchtende Elektrodenfläche durch eine Zelluloseplatte verdeckt und die in dieser Platte ausgesparten Schriftzüge erscheinen rötlich leuchtend auf dem dunklen Untergrund. Die Oram-Schriftglühlampen und die Oram-Beleuchtungsanlagen sind zu einem beliebigen Hilfsmittel der Reklameindustrie geworden, sie dienen außerdem in Theatern und Kinos zur Kennzeichnung der Ausgänge, der Notausgänge und Toiletentüren. 1924

Berausgeber: Dr. Ludwig C. G. und Karl C. G. m. b. H. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: C. Polta.